

Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

■ DIE ARBEITSTEILUNG DER VOLKSPARTEIEN

Große Koalition der Sozialräuber

Die große Koalition ist die formale Festschreibung eines Zustandes, der in Zeiten des organisierten Sozialabbaus nicht neu ist. Konkret über den Bundesrat, informell über Absprachen ist die Zusammenarbeit der großen Parteien im Regierungssystem der BRD immer gesichert. In den sieben Jahren SPD-Grün war das sehr deutlich, da diese Koalition in den Ländern eine Wahl nach der anderen verlor, ohne dass der Kurs geändert wurde. CDU/CSU artikulierten die Kapitalinteressen, die SPD disziplinierte die Gewerkschaften. In der neuen, engeren Konstellation geht die Führung in dieser Arbeitsteilung auf gemeinsamer Grundlage an die CDU.

Das Unternehmerlager konnte sich bei der Regierungsbildung programmatisch nicht in dem Umfang durchsetzen, wie es bei einer schwarz-gelben Koalition der Fall gewesen wäre. Mit Rücksicht auf Profilsorgen der SPD, aber auch des eigenen »Arbeitnehmerflügels« musste die CDU-Führung Zugeständnisse in Fragen der Tarifautonomie, der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialsysteme und der Steuerpolitik machen. Damit sind diese Punkte nicht von der Agenda gestrichen, zumal die Unternehmerverbände nicht bereit sind, das so zu akzeptieren. Es kommt auf die künftige Umsetzung an und darauf, wo die Konfliktlinien verlaufen werden, vor allem auf außerparlamentarische, betriebliche und gewerkschaftliche Aktionen. Gesprächsangebote der DGB-Spitze an die Unternehmerverbände machen deutlich, dass die Gewerkschaftsführung den Deckel auf dem Topf halten will. Für Unternehmer und konservative Presse bedeutet schon dies eine nicht hinnehmbare Verzögerung in der Neustrukturierung der kapitalistischen Wirtschafts- und Arbeitsbeziehungen in der BRD, wie sie sich das vorstellen.

Die »Wirtschaft« will weitere drastische Kürzungen bei der sozialen Sicherung und sonstigen Staatsausgaben, die nicht direkt den Unternehmen zugute kommen, sowie die Beschneidung von betrieblichen und gewerkschaftlichen Rechten der Lohnabhängigen. Gewarnt wird vor weiterem wirtschaftlichem Abstieg Deutschlands, wenn die Regierungspolitik nicht endlich die Interessen der Unternehmer konsequent in den Mittelpunkt stelle, das heißt Widerstände und Partikularinteressen bei Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und in den eigenen Reihen ausschaltet. Auch die so genannten Sachverständigen stellten dies in ihrem Herbstgutachten noch einmal klar, so dass dieses stellenweise zu einer direkten Kritik der Koalitionsverhandlungen (zum Beispiel in der Frage der Erhaltung der Steuerfreiheit von Sonn-, Nacht- und Feiertagszuschlägen) geriet. Hinzu kommt die Drohung wegen Verstoßes gegen EU-Richtlinien.

Zwar reißt die BRD schon seit Jahren die Hürden der Maastricht-Kriterien, ohne dass aus Brüssel Sanktionsmaßnahmen ernsthaft in Angriff genommen werden. Als zusätzliche Disziplinierung wird das Argument trotzdem ins Feld geführt, und die neue Bundesregierung könnte durchaus selbst um Verschärfung des Verfahrens »bitten«, um eine Begründung zu bekommen.

Der Koalitionsvertrag

Die Überschrift des Koalitionsvertrages – »Gemeinsam für Deutschland« – macht die Richtung klar: Bürgerliche Politik versteht unter »Deutschland« den Vorrang der Kapitalinteressen. Alles andere – »mit Mut und Menschlichkeit« – ist für das Poesiealbum. Die Realität sieht anders aus. Der vorgeschobene »strukturelle Fehlbetrag von mindestens 30 Mrd. EUR« im Bundeshaushalt wird bei Lohnabhängigen, Erwerbslosen, RentnerInnen, Kranken usw. eingetrieben, sofern die Rechnung der Großkoalitionäre aufgeht.

Egal, ob mit der Mehrwertsteuererhöhung Haushaltslöcher gestopft oder die so genannten Lohnnebenkosten gesenkt werden sollen: Klar ist, die Unternehmen werden entlastet, dagegen die Lohneinkommen belastet. Je schmaler die Lohneinkommen sind, desto höher ist der Anteil, der für notwendigen Konsum – und damit für die Mehrwertsteuer ausgegeben werden muss. Noch weiter geschmälert werden die Lohneinkommen noch durch den Teil der sozialen Sicherung, der schon bisher aufgrund der »Senkung von Lohnnebenkosten« nicht mehr als Gemeinschaftsaufgabe finanziert wird (zum Beispiel Zusatzzahlungen bei Gesundheitsleistungen).

Die Senkung der Sozialabgaben nutzt den Unternehmern, denn Arbeitskraft wird billiger. Was die Lohnabhängigen dabei sparen, geht dagegen für Privatversicherung mindestens drauf – einen Vorteil haben allenfalls junge, gesunde Menschen, die von Allianz & Co als »gute Risiken« eingestuft werden. Alle anderen werden Opfer des Abnehmens gesellschaftlicher Solidarität. Die gesetzlichen Sozialversicherungen gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Altersarmut und Pflegebedürftigkeit sind keine Nebenkosten, sondern Kollektivgut der Lohnabhängigen Menschen, das verteidigt werden muss. Massenarbeitslosigkeit ist keine Folge zu hoher Lohnnebenkosten, sondern umgekehrt: Sie gefährdet die Sozialsysteme durch notwendige hohe Ausgaben bei schrumpfenden Einnahmen. Die »industrielle Reservearmee« war schon zu Marx' Zeiten zwangsläufiger Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise; in unserer Zeit kommt ein wachsendes Heer dauerhaft Ausgegrenzter hin-

zu, das sich in französischen Städten bereits kräftig zu Wort gemeldet hat.

In dieselbe Richtung gehen die Verschärfungen bei »Hartz IV«. Der Staat will den Menschen unter die Bettdecke schnüffeln, um »Bedarfsgemeinschaften« zu überprüfen, und Jugendlichen vorschreiben, ihre Pläne für ein halbwegs selbstbestimmtes Leben aufzugeben. Die Anhebung des Regelsatzes beim Arbeitslosengeld II im Osten auf »Westniveau« ist dagegen eine Selbstverständlichkeit. Der Kampf der Sozialinitiativen und der Gewerkschaften muss auf eine deutliche Anhebung (500,- Euro) und Abschaffung des Repressionsmittels Ein-Euro-Job zielen.

Die von der SPD unter der Parole »starke Schultern sollen mehr tragen« durchgesetzte Reichensteuer auf Jahreseinkommen von 250.000 EUR ist Augenwischerei. Unternehmen werden ausgenommen, um die Konkurrenzfähigkeit nicht zu gefährden. Nur dem »privaten« Reichtum wird zugemutet, von den Steuergeschenken der letzten 10 Jahre ein kleines bisschen zurückzugeben. Darin drückt sich die Sorge aus, dass angesichts der Unverschämtheiten in der vermögenden Schicht der Zusammenhalt der Gesellschaft, für den sich Sozialdemokraten zuständig fühlen, perspektivisch auch hierzulande einmal schwierig werden könnte.

In einem Brief, in dem der Politikwissenschaftler Christoph Butterwege seinen Austritt aus der SPD wegen dieses Koalitionsvertrages begründet, heißt es: »Seit über 30 Jahren, als die sozial-liberale Koalition unter Helmut Schmidt damit begann, verabreicht jede Regierung dem Land im Grunde dieselbe Medizin: Entlastung des Kapitals und Entfesselung der Marktkräfte. Da sie nie wirkte, erhöhte man regelmäßig die Dosierung, ohne zu erkennen, dass in Wirklichkeit die Medizin die Krankheit ist. Die neue Regierung folgt der alten Philosophie, dass die Arbeitslosigkeit sinke, wenn man mit den Beiträgen (der Arbeitgeber) zur Sozialversicherung die Lohnnebenkosten drückt.« Bei aller Berechtigung dieser Kritik ist es falsch, PolitikerInnen Unwissenheit zu unterstellen, die mit sachlicher Aufklärung oder Politikberatung von der richtigen Seite zu heilen wäre. Die »Medizin« und ihre »Dosierung« werden nicht von unfähigen Ärzten verabreicht, sondern solchen, die wissen, was ihre Auftraggeber wollen. Bürgerliche Politik ist Vertretung von Kapitalinteressen, und dies heißt hier, Schwierigkeiten in der Kapitalverwertung und im Staatshaushalt durch Ausplünderung der Lohnabhängigen und ihrer Familien zu lösen.

Neue Reformlinke im Parlament

Als Reformen im klassischen sozialdemokratischen Sinne, etwa zu Regierungszeiten Willy Brandts, waren solche zu verstehen, die die Lebensverhältnisse der »kleinen Leute«,

insbesondere der Lohnabhängigen, verbesserten. Sie stabilisierten nicht nur den Kapitalismus, wie zu Recht kritisiert wurde, sie brachten auch echte Erleichterungen, etwa in der sozialen Sicherung, in den Arbeitsschutzrechten oder in der Schulbildung für Arbeiterkinder. Dieser traditionelle Reformbegriff findet sich derzeit allenfalls bei der Linkspartei. Ihre neu gebildete Bundestagsfraktion beschloss ein Hunderttageprogramm mit folgenden zehn Punkten:

1. Weg mit Hartz IV – soziale Grundsicherung einführen;
2. Abzug der Bundeswehr von Auslandseinsätzen und der US-Atomwaffen aus Deutschland;
3. Mindestlohn einführen (1400 Euro);
4. Mehr direkte Demokratie – zivilgesellschaftliche Strukturen stärken;
5. Beseitigung von Kinderarmut als ersten Schritt zur sozialen Grundsicherung;
6. Zukunftsinvestitionsprogramm für Deutschland – Fahrplan zur Angleichung der Lebensverhältnisse;
7. Steuergerechtigkeit;
8. Einführung einer Ausbildungsabgabe;
9. Bildung – gleicher Zugang, gleiche Qualitätsstandards für alle;
10. Initiative gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Das sind durchaus andere Töne, als von den Parteien des neoliberalen Einheitsdenkens zu hören sind. Solche Forderungen geben den Interessen von Lohnabhängigen und Erwerbslosen Ausdruck und stehen den derzeitigen politischen Absichten der Herrschenden entgegen. Ungeachtet der

INHALT HEFT Nr 6/12.12.2006 JHG. 46

Große Koalition der Sozialräuber	1
Müntefering schmeißt hin	4
Thesen zum Ausgang der Bundestagswahl	5
Krankenhausfinanzierung und -privatisierung in Hamburg	7
Brief dazu: Hallo Freunde	10
Erste Schritte der Beschäftigten	12
Demonstration vom Krankenhauspersonal	13
Wirtschaftsministerium diffamiert Arbeitslose und Sozialberatungen	14
»Helfershelfer« wehren sich –	
Stellungnahme von R. Roth und H. Thomé	15
Hannover:	
Hartz-IV-Praxis führt zu Widersprüchen in ver.di	17
DaimlerChrysler Bremen:	
Beschäftigungssicherungsvertrag auf dem Prüfstand	20
W Salzgitter:	
Skandal um VW-Betriebsräte zeitgleich mit Personal-Abbauprogramm in Milliardenhöhe	22
Kongress des US-Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO	24
Hamburg/BRD:	
Gewerkschafter aus Basra durften nicht einreisen ..	28

Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSA e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:

● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladens«, Weydinger Straße 14 –16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhäuser, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Nicolaikirchhof 7 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Str.: Zeisehallen / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hannover:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf«, Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: W. Müller
Herstellung und Vertrieb: GFSA – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.

Alle Zuschriften nur an diese Adresse:

»GFSA e.V. · Postfach 106426 · D-20043 Hamburg«
Internet: www.arbeiterpolitik.de · e-mail: arpo.berlin@gmx.de



Volksgemeinschaft – einst und jetzt Die Auswirkungen des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital auf die Lohnabhängigen möchte das Kapital gern »überwinden«, obgleich Lohnarbeit und Kapital als unantastbares naturgegebenes Verhältnis weiter bestehen. Das Kapital träumt von der »Volksgemeinschaft« trotz entgegengesetzter Interessen.

Realisierungschancen ist damit zumindest ein Signal gesetzt, dass Politik nicht alternativlos ist. Ein solches Programm kann einer außerparlamentarischen Bewegung den Rücken stärken.

Die sozialen Bewegungen können dort Etliches wiederfinden, was sie so oder ähnlich, mit geringem Erfolg, selbst fordern. Auch für die Betroffenen selbst können kleine Verbesserungen ihres Alltags einen wesentlichen Unterschied ausmachen. Parlamentarisch geschaffene Freiräume könnten es ihnen erleichtern, erneut mit ihren Anliegen an die Öffentlichkeit zu treten. Zurzeit sind die Proteste schwach. Der Schwung der Montagskundgebungen ist längst dahin, die Empörung über Ein-Euro-Jobs und ihre schädlichen Wirkungen auf reguläre, sozialversicherungspflichtige, tarifgebundene Arbeitsverhältnisse ist bisher weitgehend verbal geblieben. Erste Aktionsforderungen gegen das Programm der großen Koalition wurden auf dem Bundeskongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken (15. Oktober) und der Aktionskonferenz der sozialen Bewegungen (19./20. November) gestellt, vor allem nach einer bundesweiten

Demonstration, ähnlich dem 1. November 2003. Inhaltlich schälen sich Forderungen nach einem gesetzlichen Mindestlohn, einem garantierten Grundeinkommen, Arbeitszeitverkürzung etc. als verbindende Elemente der verschiedenen Strömungen heraus.

Ob die Linkspartei ihrerseits Anschlag liefern kann bzw. will, ist derzeit offen. Sie vertritt keinen unabhängigen Klassenstandpunkt, selbst ihre im reformerischen Sinne soziale Programmatik ist eher defensiv und den herrschenden Verhältnissen angepasst. Eine Forderung von TeilnehmerInnen der Aktionskonferenz (darunter Schmitthener vom Hauptvorstand der IG Metall) nach einer »strategischen Allianz« könnte leicht zur strategischen Falle werden. Die Mehrheit der Linkspartei und erst recht ihre Zugpferde im Wahlkampf und in der jetzt bestehenden Fraktion setzen auf die Konstituierung einer »normalen« Wahlpartei, die irgendwann, möglichst schon 2009, auf Bundesebene regierungsfähig wird. Was das bedeutet, führt sie in zwei Bundesländern vor: In Berlin hat sie die Abwicklung des Bankenskandals zulaisten der Steuerzahler und die Tariffucht im öffentlichen

Dienst zulasten der Beschäftigten mitgetragen, in Mecklenburg-Vorpommern die Zustimmung der Landesregierung zum Zuwanderungsgesetz im Bundesrat durchgehen lassen; in beiden Ländern setzt sie Hartz IV um mit der Begründung, dass dies nun mal die Gesetzeslage sei.

Die sozialen Bewegungen und die Gewerkschaftslinken stehen vor der Gratwanderung, neue Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit und des politischen Drucks zu nutzen, ohne der Gefahr zu erliegen, zum Objekt parlamentarischer Taktiken zu werden. Zu große Hoffnungen auf die Linkspartei können eigenständige Aktivitäten und Organisationsansätze in ihrer Entfaltung eher behindern als fördern. Für die effektive Kontrolle einer linken Fraktion im Bundestag fehlt derzeit die außerparlamentarische Bewegung. Diese wird durch das kleinbürgerliche »Stellvertreter«-Denken unter den Unterstützern der Linkspartei eher gehemmt als gefördert.

Müntefering schmeißt hin

Die Turbulenzen in der SPD-Führung zeigen deutlich die Rückwirkungen der eigenen Regierungspolitik auf die Partei. Müntefering tritt als Parteivorsitzender zurück, weil der Vorstand Andrea Nahles zur Generalsekretärin nominiert. Der Vorstand ist erschrocken über sein eigenes deutliches Votum und lässt Andrea Nahles fallen. Pragmatiker werden an die Spitze gewählt und es geht weiter wie bisher.

Die ausschließliche Ausrichtung der sozialdemokratischen geführten Koalition auf die Kapitalinteressen hatte schon zum Rücktritt von Oskar Lafontaine geführt. Unter der rotgrünen Koalition wurde die Arbeitslosigkeit – entgegen Schröders Versprechungen – ständig größer. Mit der Agenda 2010 betrieb diese Regierung den Sozialabbau, der seine Spitze in Hartz IV erhielt.

Von Landtagswahl zu Landtagswahl hatte die SPD Niederlagen hinnehmen müssen. Sie bekam von den Wählern ganz offensichtlich die Quittung für ihre Politik des Sozialabbaus. Widerstand gegen diesen Kurs wurde mit Schröders »Basta!« unterdrückt. Anstelle einer sozialdemokratischen Programmatik trat immer mehr das Regierungshandeln und die Behauptung, dass diese alternativlos sei. Die inhaltliche Leere wurde zum eigentlichen Inhalt der Partei.

Schröders und Münteferings einsamer Beschluss, nach den verlorenen NRW-Wahlen eine Neuwahl des Bundestags einzuleiten, kam putschartig, im Alleingang, ohne die Partei im geringsten einzubeziehen. Die Aussicht auf die Neuwahlen zwang wiederum die Partei, sich geschlossen hinter Schröder und Müntefering zu stellen. Nach dem 18. September, der trotz aller Trotzbehauptungen der Parteispitze eben doch eine Niederlage war (ca. vier Prozent Stimmen weniger als 2002), hätte es eigentlich einer kritischen Aufarbeitung der eigenen Politik der letzten Jahre bedurft. Doch zu einer solchen ist die SPD 2005 nicht mehr fähig. Eine Diskussion fand überhaupt nicht statt.

Aber die innerparteiliche Unzufriedenheit ließ sich nicht ganz unter Kontrolle halten. Sie schuf sich ein Ventil, als Müntefering im Parteivorstand Zustimmung für seinen

Gewerkschaften erneut auf SPD-Kurs

Auf den ersten Blick scheinen die Gewerkschaften mit einem blauen Auge davongekommen zu sein. In der Koalitionsvereinbarung musste die CDU-Führung der SPD offensichtlich in zwei Punkten nachgeben: Die Tarifautonomie wird nicht angetastet (über betriebliche Bündnisse muss geredet werden) und die Lohnzuschläge für Nacht-, Schicht- und Feiertagsarbeit bleiben steuerfrei. Die Verlängerung der Probezeit bei Neueinstellungen per Arbeitsvertrag auf zwei (bei Existenzgründungen sogar vier) Jahre ist freilich ein großer Schritt weiter auf dem Weg, den die Unternehmer gehen wollen. Nun ist der Kündigungsschutz, um dessen Abschaffung es hier geht, unter derzeitigen Bedingungen ohnehin löcherig wie ein Schweizer Käse. Lohnarbeit im Kapitalismus stellt sich derzeit als »Leben auf Probe« dar. Dennoch ist dies ein zusätzlicher Schlag, der die Gewerkschaften daran erinnert, dass es noch schlimmer kommen könnte. Prompt kriechen

Vorschlag für den neuen Generalsekretär suchte. Statt eine inhaltliche Diskussion zu fordern und durchzusetzen, wurde statt dessen Andrea Nahles gewählt. Bezeichnend für den innerparteilichen Zustand ist das Schauspiel, das dann folgte. Müntefering nahm das Votum des Parteivorstands, der schlicht ein satzungsmäßiges Recht wahrnahm, als persönliche Beleidigung auf und trat zurück. Ausgerechnet er, der immer gegen Lafontaine gehetzt hatte, er sei damals »davongelaufen«, schmiss jetzt selbst die Brocken hin. Daraufhin wurde aber nicht Müntefering kritisiert, sondern Nahles, weil sie Münteferings Rücktritt verursacht habe. Das nahm sie wiederum zum Anlass, von ihrer Kandidatur wieder zurückzutreten. Über politische Fragen und SPD-Programmatik kein Wort, auch bei Nahles nicht, die ja als »Linke« auftritt.

Jetzt also Platzeck, der die SPD repräsentieren soll, was er sicherlich gut kann, da sein Hauptmerkmal die Profillosigkeit ist. Dämme gegen den weiteren Niedergang der SPD wird er nicht bauen können.

Die Verhältnisse in der Gesellschaft driften so auseinander, dass sie in einer »Volkspartei« nicht mehr zusammengehalten werden können. Während der private Reichtum im Bürgertum steigt, wächst die Armut der öffentlichen Hand, so dass es auch weniger öffentliche Wohlfahrt für die an den Rand der Gesellschaft gedrängten gibt. Ein Facharbeiter, der heute entlassen wird, erhält für ein Jahr Arbeitslosengeld I. Danach erhält er nur noch pro Monat ca. 350 Euro Arbeitslosengeld II plus Mietzuschuss. Das bedeutet nicht nur ein materielles, sondern auch ein gesellschaftliches Nichts. Wo war der Aufschrei derjenigen, die die SPD profilieren wollen, als Minister Clement mit der Wortpaarung »Hartz-IV-Empfänger« und »Parasit« spielte?

Wenn von einem herausragenden Parteivertreter so viel Verachtung denjenigen geboten werden kann, die vom Kapital für die Erwirtschaftung seiner Gewinne nicht mehr gebraucht werden, steht die Zukunftsfrage für die SPD: Wie lange wird eine Partei noch gebraucht, die einen Teil der Lohnabhängigen gegen den anderen ausspielt, damit sich möglichst kein Widerstand gegen diese Politik entwickelt?

die Spitzen von DGB und Einzelgewerkschaften zu Kreuze und finden viel Positives an der neuen Koalition.

»Der Kampf hat sich gelohnt«, jubelte die Pressestelle des Landesbezirks Hessen von ver.di. Die Union hatte die Steuerfreiheit abschaffen wollen. »Vier Monate, eine erfolgreiche Gewerkschaftskampagne und ein ungewöhnliches Bundestagswahlergebnis später steht fest: Sie bleibt!« ver.di-Hessen hatte eine Unterschriftenaktion gestartet, die gegen Abschaffung der Steuerfreiheit gerichtet war, und dabei, ausgehend von den Beschäftigten des Frankfurter Flughafens, mehr als 55.000 Unterschriften gesammelt. Es ist offensichtlich, dass die Gewerkschaften in der Defensivlage, in der sie sich seit nahezu zwei Jahrzehnten befinden, sich auch mit politischen Kampagnen gegen Angriffe wehren müssen. Problematisch ist, wie sie sie auswerten und welche Schlussfolgerungen sie daraus ziehen.

Die DGB-Führung hat auf den offenen Bruch, den die SPD mit der Agenda 2010 gegenüber den Gewerkschaften vollzog, nie so darauf reagiert, dass daraus kämpferische Folgerungen zu ziehen seien und ein eigenständiger Kurs entwickelt werden müsse. Nur unwillig haben sich DGB, IG Metall, ver.di, IG BCE auf die Anti-Hartz-Protteste eingelassen, um nach einem Aktionstag im April 2004 gleich das Ende zu erklären. Kamingespräche beim Kanzler ziehen sie vor. Die Angriffe auf die Flächentarifverträge glauben sie durch tarifliche und betriebliche Zugeständnisse abmildern zu können (Metall: Pforzheimer Abschluss; Öffentlicher Dienst: Tarifrechtsreform), fordern damit jedoch die Begehrlichkeit des Kapitals noch weiter heraus. Bei Tarifrunden kommt immer weniger heraus: Deutschland ist bei Lohnzuwächsen Schlusslicht in Europa. In der Autoindustrie und im Einzelhandel gingen wichtige Häuserkämpfe verloren, bei ver.di sind etliche Branchen (zum Beispiel Papierverarbeitende Industrie) im tariflosen Zustand. Die Privatisierung im öffentlichen Dienst, zum Beispiel Krankenhäuser, schreitet fort. Prekäre Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Kritik und Gleichgültigkeit der Mitglieder wachsen und schlagen sich in Austritten nieder.

Die Entstehung der WASG kam mit einer gewissen Folgerichtigkeit. Von den Gewerkschaftsführungen (taktische Ausnahme: Bsirske) wurde sie ignoriert oder bekämpft, obwohl diese Gruppierung überwiegend nichts anderes wollte, als zu besseren sozialdemokratischen Zeiten zurückzukehren. Immerhin traute sich die DGB-Spitze nicht, im Wahlkampf offen für die SPD Partei zu ergreifen. Sie wandte sich aber deutlich gegen eine drohende Regierungsbeteiligung der FDP und gegen das Steuermodell »Paul Kirchhof«. Zwischen den Zeilen stand die große Koalition als geringeres Übel und die Orientierung auf eine taktisch scheinbar neu ausgerichtete SPD, die wieder als Bündnispartner ausgegeben werden kann.

Genau dies geschieht jetzt. ver.di preist die Rettung der Steuerfreiheit der Zuschläge und die Erhaltung der Tarifautonomie als Errungenschaft einer wiederentdeckten Partnerschaft von SPD und Gewerkschaften. DGB-Chef Sommer wirbt für eine Neuauflage des »Bündnisses für Arbeit«, jetzt »Neuer Sozialer Dialog« genannt. Der Kurs ist der alte, die Spitzen von DGB und Einzelgewerkschaften sind jetzt dichter in das Co-Management auf Regierungsebene verwickelt als zu Zeiten von SPD-Grün. Erneut erklären sie, den Karren gemeinsam aus dem Dreck ziehen zu wollen, in den er durch die Politik des Kapitals geraten ist. Sie fühlen sich der bestehenden Ordnung – Privateigentum an Produktionsmitteln

und bürgerliche Demokratie – sehr viel stärker verpflichtet als den Klasseninteressen der Lohnabhängigen.

Den vorläufigen Höhepunkt dieses Verantwortungsgefühls für die Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Systems erreichten ver.di und IG BCE in einer gemeinsamen Erklärung mit den Energie-Konzernen E.on, RWE, Vattenfall und EnBW. In einer Argumentationsweise, die man bisher von der IG BCE zur Genüge kennt, von ver.di aber noch nicht, appellierten sie an die künftigen Koalitionspartner, den seinerzeit von SPD-Grün beschlossenen, ohnehin zahnlosen Fahrplan eines Ausstiegs aus der Atomenergie noch einmal zu überdenken. Damit fällt die ver.di-Führung noch hinter Positionen der Schröder-SPD zurück. Kapitalverwertung und Strompreis rangieren vor Sicherheit für Mensch und Umwelt; für eine »Übergangszeit«, so heißt es in dem Schreiben, müssten Atomkraft noch genutzt, Kraftwerkslaufzeiten verlängert und Verschmutzungsrechte umverteilt werden.

Da es sofort Proteste hagelte, musste die ver.di-Führung in Berlin Erklärungen nachschieben, in denen »interpretiert«, aber substanziiell nichts zurückgenommen wurde. Dies ist ein krasses Beispiel, das zeigt, wohin die erneuerte Kumpanei von Gewerkschafts- und SPD-Führung geht. Nichts kann ausgeschlossen werden, auch nicht, dass die SPD noch rechts überholt wird. Auseinandersetzungen um den Kurs der Gewerkschaften sind notwendig und dürfen nicht, wie im Fall Linkspartei und WASG, mit dem Vorwurf der Spaltung tabuisiert werden. Gegen die Konzentration der Regierungsmacht in der Großen Koalition muss der Protest verbreitert und die Lähmung durch die Ideologie des kleineren Übels überwunden werden. 20.11.2005 ■

Thesen zum Ausgang der Bundestagswahlen 2005

■ Nahezu alle Bundesbürger teilen die zwei wichtigsten Grundlagen der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung: das Privateigentum an Produktionsmitteln und die parlamentarische Demokratie. Unterhalb dieser Oberfläche lassen sich Erosionserscheinungen beobachten.

■ Die Parteien CDU und SPD können immer weniger ihrem eigenen Anspruch gerecht werden, eine Volkspartei zu sein. Diese Entwicklung spiegelt sich im Wahlergebnis wider. Beide Parteien haben etwa gleich stark verloren. Sie hatten auch vorher schon alle wichtigen Gesetzesbeschlüsse (zum Beispiel Gesundheit, Renten, Arbeitsmarkt) gemeinsam getragen.

■ Die SPD verliert zunehmend Teile ihres gewerkschaftlichen Anhangs und Teile derjenigen, die im Sozialbereich beschäftigt sind. Hierzu gehören MitarbeiterInnen von Wohnungsunternehmen, Krankenhausbeschäftigte bis zu den in der Wohlfahrtspflege Tätigen. Soziologisch wird der Erosionsprozess der SPD besonders in dem hohen Verlust an Stimmen bei Arbeitern und Arbeitslosen sichtbar.

■ Bei wachsenden gesellschaftlichen Spannungen kann auch die CDU keine Politik mehr formulieren, mit der sie klassenübergreifend alle Gruppierungen der Gesellschaft

zufrieden stellen kann. Teile des »Arbeitnehmerflügels« fühlen sich nicht mehr von der Partei repräsentiert. Die Verwirklichung des Wahlprogramms der CDU hätte für viele Arbeiter und Angestellten derart große Einkommenseinbußen gebracht, dass selbst unter Anhängern der Partei eine Wahl der CDU schwierig wurde. Bei vielen Beschäftigten etwa betragen die Nachtarbeitszuschläge mehrere Hundert Euro. Entsprechend hätte deren Besteuerung zu Buche geschlagen, wie von der CDU gefordert. Auch die bereits in der letzten Regierungsperiode gekürzte Entfernungspauschale ist bei vielen Arbeitern und Angestellten ein wichtiger Haushaltsposten.

■ Groß ist die Enttäuschung auch bei Rentnern, die durch die von der CDU mitgetragenen sozialpolitischen Veränderungen der letzten Jahre einen herben Verlust ihrer Nettoeinkommen hatten hinnehmen müssen. Die angekündigte Erhöhung der Mehrwertsteuer bei auch in Zukunft zu erwartenden stagnierenden Nominalrenten fand gerade bei ihnen keine Zustimmung.

■ Auf der anderen Seite des Parteispektrums ist mit der FDP eine an neoliberalen Grundsätzen gebundene Richtung sichtbar geworden, die einen Systemwechsel in der Sozial- wie der Steuerpolitik anstrebt. Ihr geht das Wahlprogramm der CDU nicht weit genug. Sie sucht nach neuen gesellschaftlichen Bündnissen zur Durchsetzung ihrer Vorstellungen.

■ Die Unternehmerverbände und die ihnen hörige Presse hatten vor der Wahl für eine schwarz-gelbe Koalition die Werbetrömmel gerührt. Sie erhofften sich von ihr eine Verschärfung des Angriffs auf die Löhne und Sozialsysteme. Diese erhoffte schärfere Gangart verband sich im Wahlkampf vor allem mit der Person Kirchhof. Dies nutzte die SPD aus, indem sie sich als Partei der »sozialen Gerechtigkeit« gegen die »soziale Kälte« Kirchhofs darstellte. Das brachte der SPD ihr für viele überraschend starkes Ergebnis und zeigt an, dass es für ein radikales Vorgehen im Sinne der Unternehmer derzeit keine Mehrheit in der Bevölkerung gibt.

■ Die Kritik an den Entscheidungen von Politikern, Unternehmern oder Repräsentanten gesellschaftlicher Organisationen der BRD hat sich in den letzten Jahren verstärkt. Sie macht sich insbesondere fest am Abbau der sozialen Sicherungssysteme, an der weiter gestiegenen Massenarbeitslosigkeit und dem schleichenden Wegfall des Schutzes von Tarifverträgen für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

■ Ein Ausdruck für diese weitverbreitete, politisch diffuse Unzufriedenheit ist der Einzug der Linkspartei in den Bundestag. Die Mehrheit der Wähler, die ihr die Stimme gaben, wollte mit ihrem Votum die Politik der rotgrünen Bundesregierung kritisieren, jedoch nicht das politische und wirt-

schaftliche System der Bundesrepublik in Frage stellen. Sie wünschte sich gesellschaftliche Verhältnisse, die denen der 70er Jahre entsprechen.

■ Das Auftreten der Linkspartei hat dafür gesorgt, dass die mit der aktuellen Politik unzufriedenen Wähler nicht mehr überwiegend die oppositionelle Volkspartei wählten oder sich der Stimme enthielten, wie dies jahrzehntelang in der Bundesrepublik der Fall war, bzw. nationalistischen Parteien ihre Stimme gaben, sondern eine linksreformistische Alternative wählten.

■ Etwa zwölf Prozent der Gewerkschaftsmitglieder haben die Linkspartei gewählt. Relevante Teile des mittleren und unteren Funktionärskörpers gaben ihr die Stimme. Viele bekannten sich auch öffentlich dazu.

■ Die Sympathie für die Linkspartei war in den Gewerkschaften so stark, dass die immer noch auf die Sozialdemokratie setzenden Spitzenfunktionäre sich nicht trauten, gegen die Unterstützer der Linkspartei vorzugehen. Konnten die Führungen der Gewerkschaften 1998 und auch noch 2002 den größten Teil der Funktionäre auf diese oder jene Weise zur Stimmabgabe für die Sozialdemokratie bewegen, so hielten sie sich bei diesen Bundestagswahlen mit direkten oder indirekten Aufforderungen zur Wahl der SPD zurück. Die Enttäuschungen der letzten Jahre waren zu groß, um ein unzweideutiges Bekenntnis zur Sozialdemokratie einfordern zu können. In dieses Vakuum stießen einige Betriebsräte von Großunternehmen. Mit einem Aufruf versuchten sie Unterschriften für die Wiederwahl von Kanzler Schröder zu sammeln. Der Erfolg blieb mäßig.

■ Die Linkspartei konnte auch im Osten, wo sie personell nahezu identisch mit der PDS ist, mehr Stimmen gewinnen. Die Bürger im Osten sind enttäuscht, dass auch die Sozialdemokratie in den sieben Jahren ihrer Regierung keine für sie akzeptablen Lebensverhältnisse geschaffen hat. Im Gegenteil: Für viele Bürger der DDR hat sich die wirtschaftliche und soziale Lage in den letzten Jahren weiter verschlechtert.

■ Das Auftreten der Linkspartei, deren Einzug in den Bundestag relativ früh als sicher galt, hat dazu geführt, dass ein großer Teil der Wähler, die von der SPD und auch von der CDU enttäuscht waren, nicht die NPD wählte. Allerdings blieb der Zuspruch für die NPD mit mehr als drei Prozent in den östlichen Bundesländern recht hoch. In einigen Stimmbezirken erreichte sie mehr als zehn Prozent. Bei diesen Wählern handelt es sich nicht um Protestwähler, sondern um Bürger, deren rechtsradikale Gesinnung mittlerweile als recht gefestigt angesehen werden muss. Die NPD hat es geschafft, in Teilen des Ostens einen festen Platz einzunehmen. Sie wird von einem Teil der Bevölkerung als ihre politische Partei angesehen. 20.11.05 ■



Die Zustände, die streikende Ärzte der Charité in Berlin auf einer Demonstration zum Ausdruck brachten, sind typisch für die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten in zahlreichen Krankenhäusern.



Bundesweit nimmt der Unmut unter den Beschäftigten an den Krankenhäusern zu. Privatisierungen und der flächendeckende Versuch, tarifliche Standards abzubauen, führen zu Konflikten und Auseinandersetzungen. Erwähnt seien nur der Arbeitskampf von ver.di an den Krankenhäusern in Baden-Württemberg oder der einwöchige Streik der Ärzte an der Berliner Charité. Dabei stoßen die Protestaktionen von Ärzten, Pflegepersonal und Beschäftigten auf Verständnis bei Patienten und in der Bevölkerung. Längst haben Privatisierungen, Einsparungen und die zunehmende Be-

lastung aller Beschäftigten in den Krankenhäusern auch zu einer drastischen Verschlechterung von ärztlichen Leistungen und in der Pflege geführt. In der aktuellen Zeitung berichten wir schwerpunktmäßig über den Landesbetrieb Krankenhaus (LBK) Hamburg: Zuerst der Vortrag eines Kollegen, der in der Krankenschwestern- und Pflegeausbildung tätig ist, anschließend zwei Korrespondenzen zur betrieblichen Situation. In einer der kommenden Ausgaben der Arbeiterpolitik werden wir uns genauer mit der Situation an der Charité in Berlin beschäftigen. ■

■ LANDESBETRIEB KRANKENHÄUSER (LBK) HAMBURG – ASKLEPIOS

Krankenhausfinanzierung und -privatisierung in Hamburg

Geschichte der Krankenausfinanzierung

Die Finanzierung der Krankenhäuser vor 1972

Die Krankenhäuser bekamen von den Krankenkassen einen Pflegesatz für jeden Belegungstag. Was vom Pflegesatz nicht abgedeckt war, übernahm der Staat.

Nach 1972, bis Anfang der neunziger Jahre: Krankenhausfinanzierungsgesetz

Mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz wurde mit den staatlichen Zuzahlungen Schluss gemacht. Der Pflegesatz sollte jetzt »die laufenden Kosten eines wirtschaftlich arbeitenden Krankenhauses« decken. Die Investitionskosten sollten weiter von Staat getragen werden. Was der Staat jedoch nicht tat, war investieren. Dabei war die Bausubstanz der meisten öffentlichen Krankenhäuser schon zu dieser Zeit reif für gründliche Sanierungen. Beispiele für Hamburg: Das Allgemeine Krankenhaus (AK) Barmbek stammt aus dem Jahr 1913, das AK St. Georg aus dem Jahr 1873.

Die Deckung der laufenden Kosten aus dem Pflegesatz hatte Folgen: Die bisher vom Staat übernommenen Kosten wurden den Krankenkassen aufgebürdet, wodurch deren Ausgaben sprunghaft anstiegen. Das war aber eben nicht wesentlich Folge gestiegener Kosten des Gesundheitswesens, sondern des Verschiebeparketts.

Man begann von der »Kostexplosion« im Gesundheitswesen zu reden. Dies, obwohl seit Mitte der siebziger Jahre der Anteil der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversiche-

rung am Bruttoinlandsprodukt nur zwischen 5,8 Prozent und 6,8 Prozent schwankt. Die absoluten Kosten sind zwar gestiegen, aber nicht schneller, als das Volkseinkommen.

Die Krankenkassen begannen die Krankenhäuser auf Wirtschaftlichkeit zu überprüfen und weigerten sich in manchen Fällen bei »Unwirtschaftlichkeit«, das Budget zu finanzieren. Die Krankenhäuser hatten dann Schulden.

Seit ca. 1992: Abschied vom Kostendeckungsprinzip

Zunächst wurde das Budget gedeckelt. Das heißt: Die Ausgaben für die Krankenhäuser durften nicht schneller steigen als die Grundlohnsumme. Dahinter steckt die Koppelung der Krankenhausfinanzierung an die Einnahmesituation der Krankenkassen. Und das bei insgesamt steigenden Fallzahlen, vermehrt vielfach erkrankten Patienten und komplizierter werdender Medizin.

Bei insgesamt gedeckeltem Budget geht man seither in mehreren Schritten dazu über, vom Pflegesatz auf ein System von Preisen für bestimmte Leistungen umzusteigen. Dieser Prozess wird 2007 vorläufig abgeschlossen sein, dann sind die DRGs (»Diagnostic Related Groups«, diagnostisch verwandten Gruppen) flächendeckend eingeführt.

Der entscheidende Unterschied liegt in Folgendem: Ein Pflegesatz erbringt im Laufe eines Jahres das Budget eines Krankenhauses, das mit den Krankenkassen verhandelt wurde, indem für jeden Behandlungstag ein Durchschnittswert gezahlt wird. Für verschiedene Krankenhäuser mit unterschiedlichen Kostenstrukturen und -belastungen muss

er daher verschieden sein. Bei einem System von Preisen, die für eine Leistung immer gleich sind, geraten daher Krankenhäuser in »Pavillonbauweise« notwendigerweise ins Hintertreffen. Das sind genau die alten öffentlichen Krankenhäuser.

Private Unternehmer nutzten schon die ersten Modelle der Bezahlung über Preise, indem sie Spezialitäten vermarktetten, die zum Beispiel keine Öffnung rund um die Uhr erfordern (Herzkatheter, Dialyse, geplantes Einsetzen künstlicher Gelenke). In diesem Konkurrenzkampf mussten die öffentlichen Krankenhäuser unterliegen.

Inzwischen ist es so, dass private Unternehmer die gesamte Palette von Krankenhausleistungen in modernen Neubauten anbieten und zudem oft nicht an die Tarifbestimmungen des öffentlichen Dienstes gebunden sind. Das heißt: Private Krankenhäuser machen Gewinne, öffentliche Verluste. Republikweit werden öffentliche Krankenhäuser von Krankenhauskonzernen für Spottpreise aufgekauft.

Fazit und Thesen

Seit Jahrzehnten wurden die öffentlichen Krankenhäuser systematisch heruntergewirtschaftet und gleichzeitig Rahmenbedingungen geschaffen, die diesen Markt für die Kapitalverwertung erschlossen haben. Dies geschah unabhängig davon, welche Partei gerade an der Regierung war und den Gesundheitsminister oder die Gesundheitsministerin gestellt hat.

Dieser Rückzug des Staates lässt sich m.E. nur rational erklären, wenn man von der Vorstellung Abschied nimmt, der Staat sei dem Gemeinwohl verpflichtet. Er war es immer nur so weit, wie soziale Bewegungen Zugeständnisse erkämpfen konnten.

Die Erklärung für diesen Prozess, aus meiner Sicht und etwas holzschnittartig: Das Kapital braucht ein Gesundheitswesen für die Reparatur der Ware Arbeitskraft. Daher ist bei uns jemand gesund, der arbeitsfähig ist, nicht, wer die WHO-Definition erfüllt. Wer »krankgeschrieben« wird, erhält eine »Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung«. In dieser Logik »herrscht Übereinstimmung darin, dass die Erfolge gesundheitspolitischer Programme erstens als Rückgang der Verluste bzw. der Ausfälle des Produktionsfaktors Arbeit und zweitens als Einsparungen künftiger Ausgaben für die Gesundheit definiert werden können«. (Jürgen Wolfslast, Cost-Benefit-Analyse, Hamburg 1968, Verlag Weltarchiv GmbH, S. 57) Die Zitate führender Gesundheitsökonominnen in diese Richtung lassen sich in einer langen Liste sammeln.

Gesundheitsausgaben sind für das Kapital also einerseits notwendig, um Profite zu erwirtschaften, andererseits bilden sie bei einem öffentlichen Gesundheitswesen eine Belastung der durchschnittlichen Profitrate und damit ein krisenförderndes Moment. Daher wird einerseits versucht, die Ausgaben für das öffentliche Gesund-

heitswesen herunterzuschrauben, bis die Anforderungen an den Reparaturbetrieb für die Ware Arbeitskraft gerade eben noch ausreichend erfüllt werden können. Andererseits lässt sich das Dilemma aber auch lösen, indem einfach möglichst viel der (profitorientierten) Kapitalverwertung zugeführt wird. Das hat die Auswirkung, dass die Durchschnittsprofitrate nicht weiter belastet wird. (Analoge Überlegungen lassen sich natürlich für alle Bereiche, in denen privatisiert wird, anstellen).

Aus der Geschichte der LBK-Privatisierung

Hier werden nicht alle Einzelheiten dargestellt, der Volksentscheid (siehe Arpo Nr.???) fehlt hier zum Beispiel ganz. Es sind nur einige bezeichnende Schlaglichter.

1995: Erster Rückzug des Staates aus der Verantwortung für die Krankenhäuser

Bis Mai 1995 waren die Krankenhäuser weit überwiegend Dienststellen der Gesundheitsbehörde. Daneben gab es noch einige kirchliche Krankenhäuser. Schon einige Jahre vorher war immer wieder darüber diskutiert worden, dass ein Rückzug der Stadt aus den Häusern anstünde.

Mit dem Segen der ÖTV, die über die SPD enge Verbindungen zur städtischen Verwaltung und Regierung hatte, wurde 1995 der LBK als Anstalt öffentlichen Rechts ausgegliedert. Ein paritätisch besetzter Aufsichtsrat wurde gebildet, in dem allerdings der jeweilige Gesundheitssenator oder die Senatorin ein Doppelstimmrecht hatte. Mit diesem Doppelstimmrecht wurde zum Beispiel das Hafenkrankenhaus geschlossen, kurz nachdem man gerade 150 Mio. DM investiert hatte.

Die Angestellten, die bis dahin Angestellte der Stadt waren, hatten nach dem Hamburgischen Ruhegeldgesetz Ansprüche auf eine Zusatzrente zur BfA- bzw. LVA-Rente



erworben. Diese Ansprüche sollte jetzt nicht die Stadt sondern der neugegründete LBK befriedigen. Dies gelang, bis die Krankenkassen sich (zu Recht) weigerten, für diesen Teil des Budgets aufzukommen. Die Folge: Der LBK musste Schulden machen, die sich bis kurz vor der Privatisierung auf ca. 500 Mio. Euro ansammelten. Die Stadt weigerte sich hartnäckig, die Rentenzahlungen zu übernehmen, obwohl es doch eigentlich »ihre« Rentner waren.

Versuche, den LBK zu »sanieren«

Die Schulden wurde der LBK also nicht los, außerdem hatte er weitere Budgetkürzungen durch die Krankenkassen zu verkraften. Es wurden gewaltige Sanierungsprogramme losgetreten, in deren Folge massiv Stellen abgebaut wurden. Waren es bei der Gründung noch 15.000, so sind wir heute bei etwas über 11.000 angekommen. Dieser Stellenabbau wurde von der ÖTV, später von ver.di und auch von der Mehrheit der Personalräte und im Gesamtpersonalrat mit getragen. Die Argumentation lautete (und lautet immer noch): Es gebe keine Alternative, Proteste nützten nichts, weil damit die Notwendigkeit der Sanierung nicht beseitigt würde, man begeben sich damit aber in die Situation nicht mehr auf das Geschehen Einfluss nehmen zu können.

Die Sanierung gelang insoweit, dass von verschiedenen Wirtschaftsprüfern dem LBK bescheinigt wurde, dass er ohne die Lasten der Altersversorgung wirtschaftlich gesund sei. Einige meinten sogar, dann würde der LBK mit einem leichten Plus abschließen. Damit war der LBK nicht nur saniert, sondern auch privatisierbar gemacht worden.

Argumentation vor der Privatisierung

Die Lasten der Altersversorgung, welche die Stadt ja auf gar keinen Fall übernehmen wollte, sollten dadurch bewältigt werden, dass ein Kapitalstock gebildet werden sollte, aus dessen Zinsen (und mit allmählichem Verbrauch des Kapi-

tals) die Rentenansprüche abgegolten werden könnten. Der LBK wäre dann von dieser Last befreit und könne wirtschaftlich arbeiten.

Der tatsächliche Ablauf der Privatisierung

Die Privatisierung lief in drei aufeinanderfolgenden Schritten ab: Zunächst wurde die Anstalt öffentlichen Rechts aufgeteilt: In eine **Besitz-** und eine **Betriebsgesellschaft**. Die Besitzgesellschaft (LBK Immobilien) besitzt die Häuser und Grundstücke und vor allem die Schulden. Die Betriebsgesellschaft betreibt die Krankenhäuser und ist schuldenfrei.

Im zweiten Schritt wurde die Betriebsgesellschaft in eine GmbH umgewandelt (LBK GmbH). Im dritten Schritt wurden Anteile dieser GmbH an die Asklepios GmbH (Alleingesellschafter ist Dr. Broermann) veräußert.

Und die Argumentation nach der Privatisierung

Damit war das geschehen, was nach vorheriger Argumentation nie sein durfte: Die Stadt übernahm die Verbindlichkeiten für die Altersversorgung ganz und gar. Denn die Besitzgesellschaft bleibt bei der Stadt und mit ihr die Schulden.

Deshalb verschwand dieses Argument in der Versenkung. Stattdessen wurde behauptet, auch ohne die Renten sei der LBK ein marodes Unternehmen, welches einen potenten Investor brauche. Dem Argument wurde schnell von den Sachverständigen, die den LBK untersuchten, entkräftet.

Dann wurde behauptet, der LBK müsse modernisiert werden, um Spitzenmedizin und eine gute Versorgung in Hamburg zu behalten. Eine Begründung, wieso das ein privater Unternehmer besser können solle, als eine Anstalt öffentlichen Rechts, gab es nie. Peinlichkeit am Rande: In öffentlichen Veranstaltungen nannte der zuständige Staatsrat Dr. Wersich ausgerechnet die Einführung der Telemedizin (zum Beispiel die Online-Befundung von Röntgenbildern durch einen Facharzt an einem anderen Ort) als Beispiel und



musste sich vorhalten lassen, dass die Telemedizin im LBK schon ein alter Hut war.

Es gibt inzwischen kein Argument des Senats mehr, das nicht von Kennern der Materie widerlegt worden wäre.

Die Fähigkeiten des Investors Asklepios GmbH erscheinen auch in einem ganz anderen Licht, wenn man weiß, dass die Asklepios GmbH kein einziges Krankenhaus in der Größe eines der LBK-Häuser betrieben hatte. Die meisten Häuser des Asklepioskonzerns haben um die 200 Betten, das größte hatte 400 Betten, beim LBK fängt es mit 600 Betten an. Außerdem gibt es bei Asklepios keine Erfahrungen mit einem Verbund mehrerer Krankenhäuser, wie es der LBK ist.

Aus den Bedingungen des Kaufvertrages

Der LBK hatte zur Zeit der Privatisierung eine Bilanzsumme von 1,2 Milliarden Euro. In zwei Tranchen sollen 74,5 Prozent der Anteile zur Asklepios GmbH wechseln. Der Kaufpreis dafür soll 318 Millionen Euro betragen. Außerdem bringt Asklepios zwei kleinere Häuser (Rissen und eine kleine ReHa-Klinik in Bad Schwartau) in den LBK ein.

Bis zum 1. Januar 2007 hat die Stadt noch die Mehrheit der Anteile. Aber sämtliche unternehmerischen Entscheidungen trifft Asklepios jetzt schon allein.

Die LBK GmbH zahlt – anders als zuvor vom Senat dargestellt – keine Miete oder Pacht an die LBK Immobiliengesellschaft. Dies sei mit dem Kaufpreis für 99 Jahre abgegolten.

Der Kaufpreis darf um 70 Mio. Euro gemindert werden, wenn in den nächsten Jahren der LBK nicht die Gewinnerwartungen von Asklepios erfüllt.

Ein Krankenhaus aus dem LBK soll weiterverkauft werden. Inzwischen ist heraus, dass es das AK Eilbek sein soll.

Für die Beschäftigten dieses Krankenhauses soll es nicht das »kleine Rückkehrrecht« aus dem alten LBK Gesetz geben, das heißt, sie dürfen nicht im LBK bleiben.

Die jetzige Lage im LBK

Asklepios stellt jetzt den LBK wieder als ein sanierungsbedürftiges Unternehmen hin, weil er schuldenbelastet sei. Das kommt aber nur daher, dass Asklepios von dem Kaufpreis tatsächlich nur 19,2 Millionen Euro zahlt. Der Rest soll vom LBK selber erwirtschaftet werden. Daher müssen Kredite aufgenommen werden, mit der Folge, dass die LBK GmbH mit einem Minus von ca. 250 Mio. Euro startet. Das hält jetzt als Begründung dafür her, dass die Beschäftigten Verzicht leisten sollen.

Asklepios beginnt jetzt schon mit massivem Stellenabbau. Den Beschäftigten des AK Eilbek wird angedroht, wenn sie nach § 613a BGB dem Betriebsübergang widersprechen, sie zu kündigen.

Zum 30.6.2005 hat der LBK den Arbeitgeberverband verlassen und inzwischen gemeinsam mit dem UKE (Universitätskrankenhaus Eppendorf) und einigen Wurmfortsätzen beider Hauptakteure einen neuen Arbeitgeberverband gegründet. Die Wirkung für die bisherigen Beschäftigten ist die statische Fortgeltung des alten Tarifvertrags, bis ein neuer abgeschlossen wird (nach dem Tarifvertragsgesetz).

Der neue Arbeitgeberverband versucht mit dem Marburger Bund oder dem Beamtenbund einen neuen Tarifvertrag abzuschließen. Jetzt hat dieser Arbeitgeberverband »Verbandsrichtlinien« beschlossen, die zum einen die Basis für den künftigen Tarifvertrag bilden sollen, zum anderen bei

Neueinstellungen per Einzelarbeitsvertrag den Beschäftigten aufgedrückt werden.

Einige wesentliche Bestandteile:

- Es wird grundsätzlich nur noch befristet eingestellt.
- Erhöhung der Arbeitszeit auf 42 Stunden pro Woche. Auf »freiwilliger« Basis auch bis zu 48 Stunden.
- Wegfall des Weihnachts- und Urlaubsgeldes.
- Wegfall eines Großteils der Zeitzuschläge, Schichtzuschläge und aller Überstundenzuschläge.
- Kürzung des Jahresurlaubs um drei oder vier Tage (je nach Altersstufe).
- Wegfall des Zusatzurlaubes für Wechselschichtarbeit (bisher bis zu vier Tagen im Jahr).
- Verkürzung der Kündigungsfristen.
- 39 Prozent des Gehalts wird als Leistungszulage gezahlt, die aber vom Gewinn des Betriebes abhängt. Mit anderen Worten: Man kann nur mit 61 Prozent des Gehalts fest rechnen, der Rest unterliegt der Willkür.
- Absenkung der verbleibenden Grundgehälter im Durchschnitt in einer Größenordnung von ca. zehn Prozent.

Einige Beispielrechnungen ergeben jeweils Verluste in Höhe von mehreren hundert Euro, in Einzelfällen auch über 1000 Euro.

ver.di verhandelt (zu Recht) darüber nicht. Leider verhandelt der Marburger Bund, offenbar in der Absicht, für die Ärzte auf Kosten des anderen Personals einen Gehaltszuwachs herauszuholen. Es soll auch Verhandlungen mit dem Beamtenbund geben. Diese Verhandlungen sind eine ernsthafte Bedrohung, weil so ein Tarifvertrag die statische Fortgeltung des alten beenden würde. Die Kampfkraft des Beamtenbundes und die Interessenlage des Marburger Bundes sprechen nicht dafür, dass dabei für die Masse der Beschäftigten etwas anderes herauskommen würde, als die Arbeitgeber jetzt schon per Verbandsrichtlinie tun. 7.12.2005 ■

■ BRIEFE AN DIE REDAKTION

Hallo Freunde,

in der letzten Zeit überschlagen sich die Ereignisse im Krankenhaus – schade, dass ich Montag früher gehen musste, ich hätte gern dem Krankenhausarzt zugehört, da es zur Zeit eine »tiefe« Spaltung zwischen dem Pflegepersonal und den Ärzten gibt. Die Ärzte sind »sauer«, weil ver.di sich angeblich noch nie für sie eingesetzt hätte und der in diesem Jahr von ver.di abgeschlossene Tarif für die Krankenhausärzte bereits Lohninbußen bedeuten würde (ob diese Aussage stimmt, müssten wir überprüfen).

Es ist am Arbeitsplatz sehr mühsam, den Ärzten klar zu machen, dass sie und das Pflegepersonal ein und denselben Arbeitgeber haben und dass wir uns nicht spalten lassen dürfen. Doch da gibt es bereits einen Graben zu überwinden – selbst wenn ich als Pflegepersonal ihnen Sympathie entgegen bringe und ihren Streik für richtig und gut halte – ich bin Mitglied bei ver.di und damit in der falschen Partei.

In der vorigen Woche gab es bei uns eine Versammlung, auf der unser Arbeitgeber den zukünftigen Tarif vorstellte – von einer Juristin, die noch eine Menge Geld dafür bekommt, dass sie uns die geplanten »Schweinereien« auf dem Silbertablett servierte.



Zu Beginn erst einmal die Grundsätze... da wurde es in einem Punkt für mich sehr interessant: »*Leistung soll sich wieder lohnen!*« Oder die Floskel: »*Geht es dem Unternehmen gut, geht es den Beschäftigten auch gut!*« Diese Gedanken des Leistungsaspektes finden wir nämlich in ver.dis neuer BAT-Reform wieder. Diese Reform schreibt u.a. vor, dass die Lohnsteigerung nach Lebensalter wegfällt und in eine so genannte leistungsorientierte Bezahlung umgewandelt wird. (Acht Prozent der Entgeltsumme entfallen auf die Leistungsbezahlung.)

Was macht unser Arbeitgeber jetzt? Also grundsätzlich ist das Grundgehalt sicher. Es entfallen – bis auf sehr spezielle Zuschläge beispielsweise für Intensiv- oder OP-Zulage – alle anderen Schichtzulagen! Stattdessen gibt es eine so genannte Leistungszulage von maximal 25 Prozent des Bruttoehaltes. Wer bekommt sie? Jetzt wird es spannend, aber nicht lustig. Der Vorgesetzte des Pflegepersonals schreibt ja Zeugnisse und Beurteilungen und erhält jetzt die Macht, über KollegInnen zu urteilen, ob sie die eine oder andere Leistung erbringen oder nicht. Dagegen ist selbstverständlich, dass die Mitarbeiter keinerlei Recht haben, zum Beispiel ihre Vorgesetzten zu beurteilen, seien sie fachlich und menschlich auch noch so inkompetent.

In Zukunft wird diese »Nasen«-Beurteilung hoffentlich nicht dazu führen, dass einige KollegInnen kilometerlange Schleimspuren nach sich ziehen. Die Gefahr, dass »Teilen und Herrschen« Erfolg haben, ist gegeben. Im Übrigen konnte die Arbeitgeber-Juristin keinerlei Leistungskriterien benennen, denn dafür müsse erst einmal eine Arbeitsgruppe gebildet werden (kostet auch wieder Geld, wird aber wohl durch den Schichtzulagenabbau von den Mitarbeitern erbracht).

Der neue Eingruppierungskatalog richtet sich u.a. nach dem jeweiligen Studium der Mitarbeiter. KollegInnen, die beispielsweise einen Fachhochschulabschluss haben (fünf

Jahre), bekommen mehr Grundgehalt als die, die zwar auch eine fünfjährige Ausbildung hinter sich haben, aber keinen Fachhochschulabschluss mitbringen. Mit anderen Worten: Studium und sonstige Abschlüsse haben jetzt eine höhere Wertigkeit als alle anderen Gruppen. Die Krankenhausärzte träumen davon, dass sie ab jetzt zur Gruppe A gehören – aber es ist zu befürchten, dass die meisten in der Gruppe B landen. Die Mitarbeiter, die eine fünfjährige Ausbildung ohne Fachhochschulabschluss mitbringen, gehören zur Gruppe C, für alle anderen bleiben die Gruppen D und E.

An weiteren Abbaumaßnahmen für den künftigen Tarif sind vorgesehen: Weihnachts- und Urlaubsgeld sollen gestrichen, die 42-Stunden-Woche eingeführt und der Urlaub um fünf bis sechs Tage gekürzt werden. Davon betroffen sind ab sofort alle KollegInnen, die neu eingestellt, deren Verträge auslaufen oder verändert werden. Das Ganze läuft unter diskriminierenden und erpresserischen Methoden ab. So gab es Fälle, in denen KollegInnen 15 Minuten Zeit hatten, neue Verträge zu unterschreiben, oder mit fristloser Entlassung und Arbeitslosigkeit zu tauschen. So gab es beispielsweise ein Rundschreiben an die Chefärzte, falls KollegInnen sich an die 15-minütige Bedenkzeit nicht hielten, sie am nächsten Tag nach Hause zu schicken. Junge, noch unerfahrene KollegInnen in den Zwanzigern haben in ihrer Angst vor Arbeitslosigkeit das Diktat erstmal unterschrieben.

Ebenfalls betroffen von den geplanten neuen Tarifen sind Mitarbeiter, die sich um eine Leitungsstelle bewerben (zum Beispiel Stationsleitung). Auch die bekommen einen neuen Vertrag zu verschlechterten Bedingungen. Alle anderen bleiben bislang verschont. Dies war denn auch eine der Beruhigungspillen auf der sehr gut besuchten Veranstaltung. Ich hoffe nicht, dass diese Pille wirkt, wenn ich auch befürchte, dass sie bei jüngeren KollegInnen beruhigenden Einfluss hat. Es gibt oft mangelndes Selbstbewusstsein und

fehlendes Wissen über die Gewerkschaftsgeschichte – wie beispielsweise Stundenlohn, Arbeitszeit und Urlaub in der Vergangenheit einmal erkämpft wurden – und es muss erst noch neu erfahren werden, was die Älteren manchmal als Klassenbewusstsein besitzen. Trotzdem, die jungen KollegInnen sind äußerst schwer zu mobilisieren – und ich weiß nicht, wohin die Reise, besser die Auseinandersetzung mit dem neuen Arbeitgeber, gehen soll. Ich bin mir auch überhaupt nicht sicher, wie viele KollegInnen bei einer ernsthaften Auseinandersetzung mitmachen werden – und deswegen habe ich Angst. Dazu kommt, dass der Arbeitgeber im nächsten Jahr – zum Beispiel im AK Barmbek etwa 300 KollegInnen – entlassen will und die Mitarbeiter lieber arbeiten als gegen das Tarifdiktat kämpfen um zu vermeiden, sich in die Schlange der Arbeitslosen einreihen zu müssen.

Vielleicht ist der Gedanke des baldigen Arbeitsloswerdens übertrieben, aber ein bisschen mulmig ist mir schon zumute. Trotzdem versuche ich etwas dazu beizutragen, so etwas wie einen Streik mit zu organisieren – auch wenn ich völlig unerfahren bin. Klar ist mir beispielsweise geworden, dass es wichtig ist, zu anderen Krankenhäusern Kontakt aufzunehmen, um Kräfte zu sammeln. Dabei darf man nichts übers Knie brechen, sondern gut durchdachte und vorbereitete Aktionen sind wichtiger, als ins offene Messer zu laufen, zumal aller Anfang schwer ist und vieles noch in den Kinderschuhen steckt. Ohnehin ist der Druck im Augenblick groß, Schlaflosigkeit angesagt, weil die täglichen Ereignisse ständig die Nerven belasten.

Für mich ist diese Erfahrung, die ich auf der Arbeit mache, neu und ich freue mich über jeden Mitarbeiter, der sich bereits heute mit den Gedanken auseinandersetzt, was wir zukünftig tun können. Nichts fällt vom Himmel! So lerne ich in letzter Zeit viele KollegInnen kennen, die Fragen haben und Antwort geben wollen auf die Herausforderungen des Arbeitgebers – vielleicht beteiligt sich der eine oder andere auch an einem Streik. Das wird sich zeigen!

22.11.2005 ■

Erste Schritte der Beschäftigten

Nach vielen Jahren der Stellvertreterpolitik der Gewerkschaft (damals noch der ÖTV) und des Co-Managements mit dem Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK) in Hamburg kann nicht erwartet werden, dass ein Streik auf Knopfdruck möglich ist. Auch ein selbstständiges Handeln der Beschäftigten fällt nicht vom Himmel, sondern wird in vielen kleinen Schritten und Diskussionen vorbereitet.

Die Gewerkschaft hat in den letzten Jahren zusammen mit den Personalräten 3500 »sozialverträglichen« Entlassungen zugestimmt und dadurch die Arbeitsverdichtung abgenickt. »Um wettbewerbsfähig zu werden«, wie ihnen von der Geschäftsleitung vorgebetet wurde. Aus dem selben Grund haben sie widerspruchslos das »outsourcing« von Küchenpersonal, Wäscherei-Arbeiterinnen und Labor-Beschäftigten hingelassen. Widerstand bei den Beschäftigten gab es nicht, weil die ausgegliederten Kollegen in der Regel ihren bisherigen Arbeitsplatz und Lohn behielten; lediglich der Arbeitgeber wechselte. Jetzt, wo die bisher staatlichen/kommunalen Krankenhäuser an einen privaten Betreiber verkauft wurden – Asklepios soll einem amerikanischen Multi gehören, der sein Kapital mit Immobiliengeschäften erwarb –

hat die neue Geschäftsleitung den Vertrag mit der Reinigungsfirma gekündigt, weil sie 30 Prozent zu teuer sei.

Diese Beispiele mögen ausreichen, um zu erklären, warum ver.di kein großes Ansehen bei den Kolleginnen und Kollegen hat, bei den Ärzten ohnehin nicht. Trotzdem treten jetzt, am Beginn der Auseinandersetzung, 1500 Beschäftigte in die Gewerkschaft ein, so dass sich der Organisationsgrad inzwischen auf 15 Prozent beläuft.

Die besondere Situation in Hamburg ist der Verkauf an die Firma Asklepios, die nicht dem Arbeitgeberverband angehört. Das hatte u.a. zur Folge, dass den Beschäftigten eine Einmalzahlung von 300 Euro, die ver.di mit dem TVöD ausgehandelt hatte, nun wieder abgezogen wird, weil der neue Unternehmer sich nicht an den Vertrag gebunden sieht. Gleichzeitig hat er seinen Beschäftigten eine 30-prozentige Lohnkürzung angekündigt sowie kurzfristig 300 Entlassungen, längerfristig sogar 1000 Kündigungen angekündigt. Dass Asklepios es mit ihrer Drohung ernst meint, beweist die Kündigung der Reinigungsfirma, während gleichzeitig der LBK per Inserat neue Reinigungskräfte sucht.

Ohne Verweis auf ver.di sammeln Krankenschwestern Unterschriften unter einen offenen Brief an die Geschäftsleitung, in dem sie sich mit den betroffenen Kolleginnen aus der Reinigung solidarisieren und zum Ausdruck bringen, dass sie weiterhin mit ihnen zusammenarbeiten wollen. Dabei besuchen sie verschiedene Abteilungen, was während der Alltagsarbeit bisher nicht üblich war. Dazu muss vielleicht erklärt werden: Das AK Barmbek ist noch ein Krankenhaus, in dem verschiedene Abteilungen in verstreut auf dem Gelände liegenden Häusern untergebracht sind. Einer Unterschriftensammlerin wurde bereits von einem Chefarzt mit Konsequenzen gedroht. Beim Sammeln finden Gespräche statt – auch über den bevorstehenden Streik – entstehen neue Verbindungen, »outen« sich bisher völlig unbekannte KollegInnen auch zu politischen Fragen. Diese Gespräche sind wichtiger als die Unterschrift, die meist anstandslos gegeben wird.

Auch zu den Personalräten entwickelt sich ein anderes Verhältnis – einige haben sich nur wählen lassen, um nicht mehr in Schicht arbeiten zu müssen. Während die Beschäftigten sie früher einfach haben machen lassen, stellen sie jetzt die Forderung an sie, etwas für die Reinigungskräfte zu unternehmen, obwohl sie formal nicht zuständig sind.

Ein anderes Beispiel dafür, wie selbstständiges Handeln entsteht: Schwestern geben Patienten das ver.di-Flugblatt, fordern sie auch auf, sich zu beschweren, wenn sie nach dem Klingeln länger auf eine Schwester warten müssen, weil diese völlig überlastet ist. Die Patienten haben zwar Verständnis für die Situation der Krankenschwestern, wagen aber nicht, sich zu beschweren, um nicht als »Nörgler« abgestempelt und nachteilig behandelt zu werden.

Am aktivsten sind im AK Barmbek die Reinigungskräfte, weil sie nichts mehr zu verlieren haben. Sie machen auf die Minute genau Feierabend, auch wenn dadurch Dreck liegen bleibt. Eine Kollegin aus der Verwaltung – dort wird ein großer Teil zu den Entlassenen gehören – die sich früher arrogant verhalten hat, nimmt nun am inzwischen gegründeten Streikkomitee teil. Andere schleimen sich bei der Geschäftsleitung an; kurz, es findet eine Polarisierung statt. KollegInnen die sich früher nicht für Politik interessierten, lesen jetzt alles, was über Krankenhäuser geschrieben wird, auch über Streiks, selbst wenn sie in Süddeutschland stattfinden.

Inzwischen hat die Geschäftsleitung Abteilungsleiter ver-gattert, Teilnehmer am Warnstreik zu melden. Wer bei Asklepios 'rausfliegt, kann vermutlich nur außerhalb Ham-burgs einen neuen Arbeitsplatz finden. Fast alle Kranken-häuser gehören hier dieser Firma.

Demonstration vom Krankenhauspersonal des LBK

Am U-Bahnhof Rödingsmarkt warteten wir auf die Strei-kenden der Hamburger Krankenhäuser. Von dort sollte es um acht Uhr 'runtergehen zum Hafen, wo der Arbeitgeber-verband seinen Sitz hat. Um halb acht waren erst wenige da. Wir spekulierten, wie viele der ca. 18.000 Krankenhausbe-schäftigten kommen würden. Je nach Naturell schätzen wir zwischen 200 und 1500. Um acht Uhr standen 4000 Warn-streikende auf dem Platz.

Woher unser Pessimismus? Der Plan des Arbeitgebers Asklepios mit den Horrorverschlechterungen wurde seit Ende September in den Krankenhäusern bekannt, besser: Einzelheiten sickerten gerüchertartig über Wochen in den Sta-

tionen und Abteilungen durch. Eine Mobilmachung von sei-ten der Gewerkschaftsführung passierte wochenlang nicht. Keine Protestversammlungen und keine Information, keine Öffentlichkeitsarbeit. In den Häusern breitete sich Angst, Lähmung aber auch Wut auf den Arbeitgeber aus. Eine zen-trale Streikvorbereitungsgruppe wurde erst Wochen später gebildet. Also wahrlich kein Grund für Optimismus am Mitt-wochmorgen am Rödingsmarkt. »Zuvor war im Gewerk-schaftshaus nicht selten auch Angst vor einem Großkonflikt zu spüren. Funktionäre verwiesen auf mangelnde Streiker-fahrung...«, so schreibt »junge-Welt«-Autor Andreas Grün-wald am 1.12. Ein seltsamer Zustand in unseren Gewerk-schaften: Lähmung, Angst und Wut in den Krankenhäusern und Angst vor einem Großkonflikt im Gewerkschaftsappa-rat! (Nach meinem bisherigen politischen Verständnis sollte ja der Arbeitgeber Angst vor einem Großkonflikt haben). Dass 4000 auf die Straße gingen, mit Wut und Engagement, die man ihnen anmerkte – das passierte allerdings nicht wegen sondern trotz dieser Art »Streikvorbereitung«. Wut und Empörung waren zu groß, mussten sich entladen!

Auf der Kundgebung am Hafen vor dem Haus des Arbeit-geberverbandes kritisierte der ver.di-Vorsitzende Wolfgang Rose den Marburger Bund wegen dessen Forderung nach 30 Prozent Lohnerhöhung für Ärzte und seiner »Standespoli-tik« (Der Marburger Bund hatte mehr als 30 Jahre lang einen Tarifverbund mit der DAG gebildet, der von ver.di übernommen wurde).

Ist es nicht falsch, jetzt, da es auf eine Zuspitzung der Auseinandersetzung und auf Erzwingungsstreik hinaus-läuft, zu versuchen, die Belegschaften in ver.di- und Mar-burger-Bund-Mitglieder zu spalten? Sollten nicht beide gegen den gemeinsamen Gegner vorgehen, den Arbeitgeber-verband? Zumal Wolfgang Rose und Marburger-Bund-Vor-sitzender Montgomery Duzfreunde sind, wie das »Abend-blatt« süffisant anmerkt. Der Streit zwischen den beiden Gewerkschaften sollte nicht öffentlich und am besten erst nach den Auseinandersetzungen mit dem Arbeitgeber-verband ausgetragen werden. In den Krankenhäusern sind mir bisher keine Dissonanzen zwischen ver.di-Ärzten und Mar-burger-Bund-Ärzten bekannt. Möge es so bleiben.

Den meisten Beifall erhielt die Rede von Axel Hopfmann vom Landesbetrieb Krankenhäuser. Es passierte eine seltsame Ehrenrettung für die Gewerkschaft ver.di: Wer das ver-teilte ver.di-Flugblatt aufmerksam las, bemerkte, dass es nicht vom FB Gesundheitswesen sondern von der vierten Ebene, dem Ortsverein des FB Medien/Kunst stammte. Eigentlich erstaunlich. Aber wenigstens etwas.

Erstaunlich auch die Presseauswertung am nächsten Tag. »Hamburger Morgenpost«: Ein Bild mit Untertext. »taz« Hamburg: ein Bild mit Untertext. »Hamburger Abendblatt«: Ein sachlich völlig falscher Bericht: »Kliniker legen Berufsverkehr lahm«... »Die Ärzte protestierten gegen...« Wenn unter den 4000 Demonstranten zehn Prozent Ärzte waren, so ist das hoch geschätzt. Einzig der Bericht der »jun-gen Welt« muss lobend hervorgehoben werden.

2.12.2005 ■

Werden Sie niemals krank? Sind Sie Millionär?

Dann geht das Folgende Sie nichts an!

Für alle anderen aber ist wichtig zu wissen:

Auf die Beschäftigten in den Hamburger Krankenhäusern kommen folgende Verschlechterungen zu:

- Kürzung der Gehälter bis zu mehreren 100 EUR monatlich
- Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes («Jahressonderzahlung»)
- Weitgehender Wegfall von Schicht- und Überstundenzuschlägen
- Verlängerung der Arbeitszeit von 38,5 auf 42 Stunden pro Woche
- Verkürzung des Urlaubs um 3 Tage (4 Tage für 30 – 40-Jährige)
- Streichung des Zusatzurlaubs für Wechselschichtarbeitende (bisher bis zu 4 Werktagen)
- Grundsätzlich nur noch befristete Arbeitsverträge
- Verkürzung der Kündigungsfristen
- Und außerdem: Streichung von weiteren 1000 Arbeitsplätzen!

Konsequenz: Weniger Lohn und längere Arbeitszeiten, weniger Urlaub. Und weniger Beschäftigte müssen immer mehr Patienten betreuen.

Wenn z.B. ein Auto-Hersteller seinen Beschäftigten derartige Verschlechterungen zumutet, dann können Sie die Marke wechseln, weil Sie zu recht vermuten, daß die Firma nicht mehr so gute Autos baut wie früher. Aber **Ihre Gesundheit ist kein Auto** und Sie können nicht wechseln.

Können Sie sich vorstellen, daß bei diesen geplanten Verschlechterungen in Hamburgs Krankenhäusern genügend für Ihre Gesundheit getan wird?
Gesundheit ist keine Ware!

Hintergrund: Wie bekannt, sind die Hamburger Krankenhäuser privatisiert worden. Der Eigentümer des **Landesbetriebes Krankenhäuser** ist »Asklepios« (zur Zeit 49,9 Prozent). Am 30.9.2005 hat der LBK den Arbeitgeberverband verlassen und mit dem UKE sowie einigen kleineren Krankenhäusern einen neuen Dachverband gegründet. Zweck der Maßnahme: Ausstieg aus der bisherigen Tarifbindung. Eine Übernahme des Tarifvertrages Öffentlicher Dienst (TvOD) ist nicht gewollt. Stattdessen soll mit dem neugegründeten Arbeitgeberverband ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen werden – aber nicht mit ver.di, sondern mit dem Beamtenbund und dem Marburger Bund. Vorweg hat dieser neue Arbeitgeberverband »Verbandsrichtlinien« erlassen, die bei Neueinstellungen schon jetzt angewendet werden! Sie beinhalten die oben genannten Verschlechterungen für die Beschäftigten im Gesundheitsbereich.

Der bestimmende Eigentümer der Krankenhäuser nennt sich Asklepios, nach dem griechischen Gott der Heilkunst – er sollte sich lieber in Mercurius umbenennen, nach dem römischen Gott der Kaufleute und des Profits!

Deshalb: **Informieren Sie sich über den Protest und die Streiks der Beschäftigten in den Hamburger Krankenhäusern. Es geht um deren Arbeitsplätze und um Ihre Gesundheit!**



V.S.d.F. Wolfgang Rose

Verente
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Fachbereich Medien, Kunst
und Industrie
(FB 8)

Landesbezirke
Hamburg und Nord

Ortsverein Hamburg
Vorstand

20097 Hamburg
Besenbinderhof 60

Fon 040/28 58-4084
Fax 040/28 58-9080

**Demonstration
Mittwoch, 30.11.05
ab 8.00 Uhr
vom Rödingsmarkt**

Infos finden unter:
[www.labournet.de/branchen/
dienstleistung/gw/hamburg.html](http://www.labournet.de/branchen/dienstleistung/gw/hamburg.html)

ARBEITERPOLITIK NR. 6 · DEZEMBER 2005

15

Wirtschaftsministerium diffamiert Arbeitslose und Sozialberatungen

»Die Hemmschwelle für Sozialbetrug ist offensichtlich bei Einigen gesunken« bzw. noch drastischer »Biologen verwenden (...) die Bezeichnung »Parasiten«« heißt es in der berüchtigten Abzocker-Broschüre aus dem Bundeswirtschaftsministerium, die noch unter Clements Verantwortung erschien: »Vorrang für die Anständigen – gegen Missbrauch, »Abzocker« und Selbstbedienung im Sozialstaat«. Hier wird auf Stammtischniveau gegen Erwerbslose, prekär Beschäftigte, arbeitende Arme, also Menschen, die auf den Bezug von Arbeitslosengeld II angewiesen sind, wegen angeblichen Sozialmissbrauchs gehetzt. Als »Belege« gelten willkürlich herausgegriffene Einzelfälle, die mittels einer Telefonaktion der Bundesagentur für Arbeit ermittelt wurden – eine Aktion, die weder hinlänglich recherchiert noch wissenschaftlich fundiert wurde. Und weil das offensichtlich nicht ausreicht, wurden auch die »Helfershelfer« der angeblichen »Sozialschmarotzer« aufs Korn genommen: Beratungsstellen, Initiativen, Autoren von Leitfäden. Besonders hervorgehoben wurde der »Leitfaden Alg II/ Sozialhilfe« von Rainer Roth (AG Tuwas) und Harald Thomé (Tacheles). Beide Autoren wehrten sich in einer umfangreichen Stellungnahme, die wir im Anschluss abdrucken.

Die wahren Abzocker sind ganz andere

Ausgangspunkt der Clement-Argumentation und zugleich der Anlass für neuerliche Kürzungspläne bei Hartz IV in der neuen Koalition ist die deutliche Zunahme der Ausgaben für das Arbeitslosengeld II: Statt 14,6 Mrd. Euro müssen bis Ende des Jahres mindestens 26 Mrd. Euro aufgebracht werden. Dass Hartz IV als Spar- und Förderprogramm gescheitert ist, ist inzwischen offenkundig. Ein Sündenbock musste her – die Erwerbslosen selbst. Clement behauptete, mindestens 20 Prozent der Arbeitslosen »ergaunerten« sich Arbeitslosengeld II. Und während in der Broschüre seines Ministeriums hinsichtlich des Begriffes »Parasit« noch 'rumgeeeiert wurde (eigentlich dürfte man den Begriff doch nicht auf Menschen übertragen, aber ...), erklärte Clement unumwunden: »Das nenne ich parasitäres Verhalten.«

Richtig und erfreulich ist, dass die Höhe der Alg-II-Zahlungen durchaus ein kleines Stück weit in einem individuellen Verhalten der Erwerbslosen resultiert. Sie sind nicht ganz so widerspruchlos bereit, so viele Einschränkungen hinzunehmen, wie das Clement und seine großkoalitionären Nachfolger gern gehabt hätten. Aber keineswegs ist die Differenz der Zahlungen zu ursprünglichen Annahmen im Wesentlichen hierauf zurückzuführen, sondern der eigentliche Grund dafür liegt offensichtlich darin, dass eben die Wunschvorstellungen der Hartz-Reformer und die kapitalistische Wirklichkeit voneinander abweichen.

Von vornherein wurde im Bundeshaushalt für Alg II der völlig unzureichende Betrag von 14 Mrd. eingesetzt. Dies spiegelte nur zum Teil die Hoffnung der Hartz-Apologeten wider, dass die »Reform greifen« und die Konjunktur anspringen möge. Ein wesentlicher Grund für diese fahrlässige bis absichtsvolle Unterfinanzierung bestand in der Sorge der SPD-Grünen-Koalition, keinen verfassungsmäßigen Haushalt zustande zu kriegen. Für diese Lage war zwar ihre eigene Politik der steuerlichen Entlastung der Unternehmen,



dazu die Finanzierung der von eben denselben Unternehmen verursachten Massenarbeitslosigkeit verantwortlich. Eine Benennung dieser Zusammenhänge und Änderung dieser Regierungspolitik war jedoch seinerzeit ebensowenig zu erwarten wie aktuell unter CDU/CSU/SPD.

Natürlich ist die sprunghafte Zunahme der Arbeitslosenzahlen zu Anfang des Jahres u.a. auch darauf zurückzuführen, dass erstmals arbeitsfähige (Kriterium: drei Stunden täglich) SozialhilfeempfängerInnen in der Arbeitslosenstatistik erfasst worden sind. Grundsätzlich aber beruht die hohe Arbeitslosenzahl darauf, dass es zu wenig Arbeitsplätze gibt und der Stellenabbau munter weitergeht.

Viel wichtiger als diese Rechnerei ist jedoch ein ganz anderer Punkt: Dass Arbeitslosigkeit eben nicht mehr allein individuelles Schicksal ist, sondern von der Gesellschaft getragen werden muss, ist in anderthalb Jahrhunderten von den ArbeiterInnen erkämpft worden. Dafür zahlen die Arbeitenden von ihrem Lohn in die Arbeitslosenversicherung ein. Die so genannten »Lohnnebenkosten« sind hart erarbeiteter Soziallohn, wie auch in den Bereichen Renten- und Krankenversicherung. Es handelt sich um kollektives Eigentum der Lohnabhängigen, mit dem soziale Sicherung finanziert wird, die ansonsten teuer vom Nettolohn eingekauft werden muss (vgl. Riester-Rente, Zuzahlungen bei medizinischen Leistungen). Dies ist keine Belastung der »Wirtschaft« oder der Konjunktur, sondern ein Rechtsanspruch.

Der Skandal besteht nicht darin, dass die Erwerbslosen die neuen Regelungen ausschöpfen, sondern dass Bundesregierungen jedweder Koalition diese Leistungen immer weiter

einschränken und die eingesparten Gelder in Form von Steuererleichterungen an die Unternehmer weitergeben. Wohin das führt, zeigen aktuelle Pläne zur schärferen Kontrolle und Belastung von Partnerschaften, denen »Bedarfsgemeinschaft« unterstellt werden kann, um ihnen Unterhaltspflicht aufzubürden. Die »Beweislast« für das Bestehen/Nichtbestehen einer Bedarfsgemeinschaft soll umgekehrt werden, fordern manche Kommunen. Junge Erwerbslose, die aus dem Elternhaus ausziehen wollen, sollen Unterkunftskosten nur noch erstattet bekommen, wenn sie nachweisen, dass sie die eigene Wohnung für die Aufnahme einer Ausbildung oder Erwerbsarbeit benötigen. Der »Sozial- und Rechtsstaat« mischt sich immer stärker ins Privatleben derjenigen ein, die er sowieso größtenteils für überflüssig hält.

Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Linke müssen solchen Diffamierungen entschieden entgegenreten.

»Helfershelfer« wehren sich

Angriffe des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit auf den »Leitfaden Alg II/Sozialhilfe von A – Z«:

Stellungnahme der Autoren Rainer Roth und Harald Thomé

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit bezichtigt uns als Autoren des Leitfadens Alg II/Sozialhilfe von A-Z, wir würden »Beihilfe zum Betrug statt Beratung« betreiben und Sozialbetrug »als eine Art 'Notwehr' gegen soziale Einschnitte rechtfertigen«. Welche Beweise gibt es für diese schwerwiegende Anklage?

1) Beihilfe bei Interessenvertretung als Beihilfe zum Betrug?

Als Beleg für »Empfehlungen, die sich leicht als Ideen zum Sozialbetrug verstehen lassen« dient dem Ministerium ein auf der Umschlagrückseite abgedrucktes Gedicht von Erich Fried. Dieser wünscht den Armen für eine bessere Zukunft, sie sollten im Kampf gegen die Reichen so unbeirrt, findig und beständig sein, wie die Reichen im Kampf gegen die Armen.

Arbeitslose und Arme müssen vielfach allein schon deshalb findig und unbeirrt sein, um nachweisen zu können, dass sie Anträge und Unterlagen überhaupt abgegeben haben bzw. um das ihnen zustehende Geld zu bekommen (vgl. die Ergebnisse der Umfrage der Stiftung Warentest in Finanztest 11/2005). Das Ministerium rückt die Interessenvertretung für Arbeitslose als solche schon in die Nähe des Betrugs.

Vertreten aber nicht auch Behörden und Ministerien Interessen, zum Beispiel ihre eigenen und/oder die der Wirtschaft? Ist nicht auch auf dieser Basis Betrug möglich? Die Interessenvertretung von Arbeitslosen abzulehnen, leistet den Unregelmäßigkeiten der Behörden Vorschub.

Dass es einen Kampf der Reichen gegen Arme gibt, ist keine »billige Klassenkampfparole«. Es wird allein dadurch belegt, dass das Ministerium unter dem Beifall der Arbeitgeber Arbeitslose in seinem Missbrauchsreport pauschal diskriminiert, während es gleichzeitig für weitere Steuerensenkungen für »die Reichen« eintritt, denen Steuerbetrug gewiss nicht fremd ist. Was ist der Report (des BMWA, d. Red.) anderes als eine Art Klassenkampf mit billigen Parolen?

2) Eheähnliche Gemeinschaft:

Information über ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts als Beihilfe zum Betrug?

Als Beihilfe zum Betrug wird gewertet, dass wir »den Geist der neuen Grundsicherung auf den Kopf stellen«. Wir weisen nämlich darauf hin, dass eine eheähnliche Gemeinschaft nur dann besteht, wenn jemand sein Einkommen vorrangig für seinen Partner einsetzen will, bevor er seine eigenen Verpflichtungen erfüllt.

Das entspricht dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17.11.1992, in dem es heißt: »Ohne rechtlichen Hinderungsgrund kann der mit dem Arbeitslosen nicht verheiratete Partner auch jederzeit sein bisheriges Verhalten ändern und sein Einkommen ausschließlich zur Befriedigung eigener Bedürfnisse oder zur Erfüllung eigener Verpflichtungen einsetzen. Wenn sich ein Partner entsprechend verhält, besteht eine eheähnliche Gemeinschaft nicht oder jedenfalls nicht mehr.« (Leitfaden S. 62)

Dieses Urteil wurde am 2.9.2004 nochmals bestätigt. Wie alle Entscheidungen des BVerfG hat es laut Grundgesetz Gesetzescharakter.

Minister Clement müsste also in diesem Fall statt uns eigentlich dem Bundesverfassungsgericht selbst »Beihilfe zum Betrug« und »Verbrüderung mit Abzockern« vorwerfen. Denn wir werden ja des Betrugs verdächtigt, weil wir über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts informieren. Da die Behörden ihrer Beratungs- und Auskunftspflicht nach den § 14 und 15 SGB I nicht nachkommen, müssen »Helfershelfer« wie wir das übernehmen.

Das gefällt Behörden nicht, die eine Kuhle in einem Doppelbett, Männerunterhosen auf einer Wäscheleine oder die Anwesenheit eines Mannes in der Wohnung einer Frau als Vorwand nehmen, um Leistungen zu streichen und sich einen finanziellen Vorteil zu verschaffen.

Laut BGB gibt es keine Unterhaltspflichten zwischen nicht verheirateten Paaren. Eine eheähnliche Gemeinschaft liegt deshalb nur bei freiwilligen realen Zahlungen vor. Das Bundesministerium dagegen will am liebsten aus jedem Zusammenleben eines Mannes mit einer Frau eine Unterhalts- und Einstandsgemeinschaft machen. Dadurch werden Anspruchsberechtigte um ihnen zustehende Leistungen betrogen.

Der »Geist der neuen Grundsicherung« verstößt nicht nur in diesem Fall gegen geltendes Recht, sondern auch, indem Stiefeltern und eheähnliche Partner durch das SGB II für die Kinder des Partners voll unterhaltspflichtig gemacht werden (§ 7 Abs. 3 Nr. 4 SGB II).

Das BMWA hat die Anwendung dieses rechtswidrigen Paragraphen ab 20.9.2005 zurückgenommen, nachdem Gerichte seine Rechtswidrigkeit festgestellt und Betroffene, auch gestützt auf unseren Leitfaden, dagegen protestiert hatten. Bis jetzt wurde die durch diesen Rechtsbruch in Millioenhöhe eingesparten Gelder nicht zurückgezahlt.

Zur Erinnerung: Betrug liegt laut Strafgesetzbuch dann vor, wenn jemand »in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, dass er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung und Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt oder unterhält«. (§ 263 StGB). Wir jedenfalls haben keine falschen Tatsachen vorgespiegelt. Bei uns jedenfalls können wir keine Beihilfe zum Betrug feststellen.

3) Erklärung der Bedingungen und Folgen von Schwarzarbeit als Aufforderung zur Schwarzarbeit?

Das BMWA wirft uns vor, wir würden Schwarzarbeit mit dem Hinweis »entschuldigen«, dass Alg II/Sozialhilfe »nicht bis zum Monatsende reicht«. Das gilt als Beleg für Beihilfe zum Betrug.

Wir haben im Leitfaden erklärt, dass dieser Umstand sowie die kleinteiligen Anrechnungsvorschriften bei Erwerbstätigkeit Schwarzarbeit »begünstigen« (S. 203). Schwarzarbeit kann also dadurch vermindert werden, dass Leistungen erhöht und die Anrechnungsvorschriften verbessert werden. Dafür treten wir ein. Eine Sache (teilweise) zu erklären, heißt nicht, sie zu entschuldigen und zu billigen. Wer Gesetzesverletzungen wie Diebstahl, Mord usw. erklärt, ruft nicht schon deshalb dazu auf. Dinge verändern zu wollen, setzt immer voraus, sie zu verstehen.

Wir geben den Ratschlag, darauf zu achten, dass bei Rückforderungen nicht angegebener Arbeitseinkommen nur Alg II/Sozialhilfe zurückverlangt wird, nicht aber andere angeordnete Einkommen, die die Behörde auf sich übergeleitet hat. Wir warnen also davor, einen Betrug mit einem weiteren Betrug seitens der Behörde zu beantworten. Das kreidet das BMWA uns an. Warum?

Uns wird ferner angelastet, dass wir Arbeitslose nicht vor Schwarzarbeit warnen. Auch die Informationsbroschüre der Bundesagentur für Arbeit von September 2004 warnt nicht vor Schwarzarbeit. Folgt daraus, dass auch die BA Schwarzarbeit fördert? Im Übrigen gibt es Schwarzarbeit nur, weil es Unternehmer gibt, die Arbeitslose schwarz arbeiten lassen.

4) Dürfen »gesetzesuntreu« Behörden keine »natürlichen Gegner« sein?

Das BMWA wirft uns vor, wir würden Arbeitsagenturen und Sozialverwaltungen als »natürliche Gegner« ansehen. Als Beleg dient, dass wir den Ausspruch eines Trierer Sozialamtsleiters aus dem Jahre 1976 zitieren: »Wenn wir die Leute über ihren Anspruch aufklären würden, wären wir schnell pleite. Um überleben zu können, müssen wir gesetzesuntreu sein, und wir sind es auch.« (Der Spiegel, 52/1976, S.52).

Das BMWA bezeichnet dieses Zitat 30 Jahre später als »angebliches Zitat«? Soll es eine Erfindung des Spiegel sein?

Der Sozialamtsleiter gab offen Rechtsbruch zu, denn im SGB I heißt es: »Die Leistungsträger, ihre Verbände und die sonstigen in diesem Gesetzbuch genannten öffentlich-rechtlichen Vereinigungen sind verpflichtet, im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Bevölkerung über die Rechte und Pflichten nach diesem Gesetzbuch aufzuklären.« (§ 13 SGB I Aufklärung). Dass die Behörden dieser gesetzlichen Aufklärungspflicht nicht nachkommen, war 1976 Ausgangspunkt für den Leitfaden, dessen Autoren heute wir sind.

Wir erklären, die Aussage des Sozialamtsleiters würde auch heute noch gelten. Das BMWA kreidet uns »simpelste Feindbilder« an, weil wir das behaupten, »ohne irgendeinen Hinweis darauf vorzulegen.«

Das BMWA glaubt offensichtlich, dass die Arbeitsagenturen die Bevölkerung heute über ihre Ansprüche (Rechte und Pflichten nach dem SGB II und SGB XII bzw. nach den SGB I und SGB X usw.) aufklären.

Wir reiben uns erstaunt die Augen. Haben wir die Leitfäden übersehen, mit denen die Bundesagentur bzw. das BMWA alle Alg II-Bezieher so umfassend aufklärt, wie wir es tun? Wir bitten um Zusendung.

Hat die BA inzwischen ihre Durchführungshinweise zum SGB II veröffentlicht? Haben die Optionskommunen Leitfäden herausgegeben?

Trotz gesetzlicher Verpflichtung gibt es vielerorts nicht einmal persönliche Ansprechpartner. Und wenn sie vorhanden sind, kennen sie sich oft mangels ausreichender Schulung, Berufsfremdheit und befristeter Einstellung kaum aus.

Allein die Existenz und die weite Verbreitung des Leitfadens beweisen indirekt, dass die Behörden ihre gesetzlichen Aufklärungspflichten nicht ausreichend wahrnehmen. Unser Leitfaden ist keine Beihilfe zum Betrug, sondern Beihilfe zur Aufklärung über das SGB II und das SGB XII. Die Abqualifizierung als »windig« und »polemisch« dient dazu, gerade das noch mehr zu erschweren.

Mit der wachsenden Kompliziertheit der Gesetze, dem mangelnden Fachwissen vieler Bearbeiter und dem gestiegenen Interesse an Einsparungen jenseits der Legalität hat die Notwendigkeit der Aufklärung sogar noch zugenommen.

In der Tat sehen wir Behörden, die »gesetzesuntreu« sind, als »natürliche Gegner« an. Das zu bemängeln, ist mehr als merkwürdig.

Der »Spiegel« schreibt, unser Leitfaden enthalte »alle Informationen, die für den höchstmöglichen Bezug staatlicher Leistungen vonnöten sind.« (43/2005, 42). Der Leitfaden klärt also die Bevölkerung über ihre Rechte und Pflichten umfassend auf. »Höchstmöglich« kann nur etwas sein, was im Rahmen der bestehenden, von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Gesetze und der Rechtsprechung möglich ist.

Bundestag und Bundesrat haben das SGB II verabschiedet. Wenn man aber das Gesetz in Anspruch nimmt, reden Verantwortliche von Missbrauch, von der Dehnung der Gesetze, von Betrug, von Grauzonen usw. Wenn die Inanspruchnahme eines Gesetzes als Missbrauch gilt, müssten eigentlich die Parteien und Institutionen, die das SGB II verabschiedet haben, als Helfershelfer des Missbrauchs auf der Anklagebank sitzen und nicht wir.

5) Zusammenfassung

Wir haben im Report des BMWA keinen einzigen Beleg für die Anschuldigung gefunden, wir würden Beihilfe zum Betrug leisten. Diese Behauptung stellt also eine Verleumdung dar. Wir fordern das Bundesministerium auf, die Verbreitung des Reports einzustellen und die Verleumdungen zurückzunehmen.

Die Aufklärung über und die Inanspruchnahme von Rechten wird in die Nähe des Missbrauchs bzw. Betrugs gerückt, um Alg-II-BezieherInnen daran zu hindern, die von Bundestag und Bundesrat verabschiedeten rechtlichen Möglichkeiten in vollem Umfang wahrzunehmen.

Das ist insbesondere deshalb nötig, um die vielen Milliarden an Gewinnsteuersenkungen nicht zurücknehmen zu müssen, die in keiner Weise die versprochenen Investitionen und Arbeitsplätze gebracht haben.

6) Schlussbemerkung

Ausgangspunkt für die Diskreditierung der parteilichen Beratung von Erwerbslosen ist der Umstand, dass die Bundesregierung statt der im Haushalt für Alg II für 2005 eingestellten 14,6 Mrd. Euro 25,6 Mrd. Euro aufwenden muss. Der verantwortliche Minister meint, die Differenz von 11 Mrd. Euro mit dem Missbrauch durch Arbeitslose und »Helfershelfer« wie uns erklären zu können.

In Wirklichkeit hat die Bundesregierung statt der 21,2 Mrd. Euro, die sie 2004 ursprünglich als Jahresbedarf kalkuliert hatte, nur 14,6 Mrd. Euro eingestellt, also 6,6 Mrd. Euro zu wenig. »Weil er unbedingt einen verfassungsmäßigen Haushalt vorlegen musste, hat Hans Eichel die Zahlen schön gerechnet und diese Zahlen dann zur Grundlage seiner Planung gemacht,« schreibt Carsten Germis in der »FAZ« (23. 10. 2005, 44).

Statt den Bilanzbetrug zu kritisieren, der zu den angeblichen Mehrausgaben führte, hetzt Clement lieber gegen Arbeitslose und ihre Berater. Nur hier fließt das Wörtchen Betrug leicht von den Lippen.

Der wichtigste Grund für die verbleibenden Mehrausgaben von 4,4 Mrd. Euro besteht darin, dass mit Hartz IV Erwerbslose in großem Umfang aus der stillen Reserve herausgeholt und über Alg II finanziert werden, zum Beispiel Partner von ehemaligen ArbeitslosenhilfebezieherInnen, arbeitslose Jugendliche oder Alleinerziehende. Ein Blick in die Untersuchungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit könnte darüber aufklären (IAB-Kurzbericht 10 vom 8.7.2005).

Ein weiterer wichtiger Grund besteht darin, dass mehr Erwerbstätige als jemals zuvor (Vollzeitbeschäftigte, Mini-

jobber und Selbständige) ergänzendes Alg II bekommen, weil sie unterhalb des Alg II-Niveaus leben. Hartz IV deckt also auch die Armut von Arbeitenden teilweise auf.

Weiterhin hat die Arbeitslosigkeit entgegen den Schätzungen von 2004 ganz einfach zugenommen. Nach einer internen Studie des Wirtschaftsministeriums ist der Zuwachs von Alg-II-BezieherInnen zur Hälfte auf die steigende Arbeitslosigkeit und zur anderen Hälfte auf die gesetzlichen Neuregelungen zurückzuführen (Spiegel, 43/2005, 43).

Minister Clement aber konstruiert, dass die Mehrausgaben nicht durch geschönte Haushaltspläne, das Gesetz selbst bzw. die wirtschaftliche Lage zustande kommen, sondern durch Missbrauch und »Helfershelfer« wie uns. Das ist eine unseriöse Fälschung.

Die Verleumdungen gegen Arbeitslose und in diesem Zusammenhang gegen uns stehen nicht nur in der Verantwortung des scheidenden Wirtschaftsministers, sondern der gesamten noch amtierenden SPD-Grünen-Regierung. Und sie sind Geschäftsgrundlage der neuen Großen Koalition, aus deren Reihen man keinerlei Kritik an Clements Vorgehen hört.

Frankfurt / Wuppertal, den 3. November 2005 ■

■ HANNOVER

Hartz IV-Praxis führt zu Widersprüchen in ver.di



Die Gewerkschaften waren an der Ausarbeitung der Hartz-Gesetze beteiligt. Die Wirklichkeit von Hartz IV trägt nun die Widersprüche in die Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes hinein. In Hannover hat sich der dortige ver.di-Bezirks-Erwerbslosenausschuss der Beschwerden Betroffener angenommen und in einem offenen Brief an den Gesamtpersonalrat der Stadt Hannover die Einsatzpraxis von 1-Euro-Jobbern kritisiert. Festgestellt wurde, dass es sich am Standort Hölderlinstraße, wo mehrere Hundert 1-Euro-Zwangsarbeiter u.a. mit Straßenbau-, Gärtner- und Malerarbeiten beschäftigt sind, nicht um »gemeinnützige und zusätzliche« Tätig-

keiten handelt und dass reguläre Arbeitskräfte ersetzt werden. Kritisiert wurde auch der schikanöse Umgang der Projektleiter mit den Betroffenen.

Der offene Brief des Erwerbslosenausschusses ließ den Gesamtpersonalrat beim Vorstand des ver.di-Bezirks Hannover vorstellig werden. Nun stand nicht mehr die Einsatzpraxis von 1-Euro-Jobbern in Hannover auf der Anklagebank, sondern der Erwerbslosenausschuss mit seiner Intervention.

Mit dem am 9. November 2005 vorgelegten Antrag des Erwerbslosenausschusses befasste sich der Vorstand erst gar nicht. Nach Auffassung des ver.di-Bezirksvorstandes in Hannover ist der Erwerbslosenausschuss nicht der »Interessenvertreter der Erwerbslosen und Ein-Euro-Jobber« und schon gar nicht die »1-Euro-Job-Kontrollinstanz«. Es müsse wohl geklärt werden, was die Aufgaben des Ausschusses zu sein hätten. Für Vorschläge (auch aus anderen Fachgruppen), die 1-Euro-Job-Realität in Hannover genau zu untersuchen und dann gegen die Missstände vorzugehen, konnte sich der Bezirksvorstand allerdings nicht erwärmen.

Der Arbeitslosenausschuss soll nun keinerlei offizielle Stellungnahme mehr abgeben, es sei denn, sie ist von der ver.di-Spitze abgesegnet, obwohl ein solcher Maulkorberlass in keiner Weise satzungsgemäß ist. Ansonsten bestanden die Aktivitäten des Bezirksvorstandes und seines Präsidiums darin, sich brieflich bei den leitenden Angestellten des 1-Euro-Job-Stützpunktes Hölderlinstraße für die Kritik zu entschuldigen und von den Erwerbslosen das Löschen des Briefes im Internet zu fordern, denn: »Das kann man ja jetzt weltweit nachlesen...«

Im Widerstreit der Interessen von Projektleitern und 1-Euro-Jobbern hat sich der Vorstand des ver.di-Bezirks

Hannover unfähig gezeigt, sich der Interessen der Erwerbslosen anzunehmen. Um den Erwerbslosenausschuss wieder auf Linie zu bringen, will der ver.di-Bezirksvorsitzende Willi Grewe auf dessen nächsten Treff am 7.12.05 vorstellig werden.

Die Auseinandersetzung in ver.di-Hannover zeigt, wie die Vertretung eigener Klientel im Vordergrund steht. Deutlich wird, dass diese Funktionäre nicht die Notwendigkeit erkennen, das Gesamtinteresse der Lohnabhängigen überhaupt zu berücksichtigen. Nur, wenn die Erwerbslosen in einen gemeinsamen Abwehrkampf gegen die Senkung der sozialen Standards, gegen Arbeitsplatzabbau, gegen Arbeitszeitverlängerung einbezogen werden, kann dieser Kampf eine Perspektive für alle Lohnabhängigen bekommen.

Antrag des ver.di-Erwerbslosenausschusses Bezirk Hannover an den ver.di-Bezirksvorstand

Der ver.di-Bezirksvorstand möge folgende Stellungnahme beschließen und innerhalb und außerhalb der Organisation (z.B. mittels Presseerklärung) verbreiten:

Der ver.di-Bezirksvorstand Hannover zeigt sich empört über die teilweise skandalösen Zustände, unter denen die bei der Stadt Hannover (Standort Hölderlinstraße) eingesetzten Ein-Euro-Jobber zu leiden haben und fordert den örtlichen Personalrat sowie den Gesamtpersonalrat der Stadt Hannover auf, sich mit dem gebotenen Nachdruck für die Beendigung der dortigen Praxis einzusetzen, wie sie vom ver.di-Erwerbslosenausschuss Hannover mehrfach mündlich und in Form eines offenen Briefes kritisiert wurde.

Der Einsatz der dortigen Arbeitskräfte als Maler, Gärtner, Hausmeister etc. im Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung legt in vielen Fällen den Verdacht nahe, dass es sich keineswegs um »gemeinnützige und zusätzliche« Tätigkeiten handelt, sondern um die Ersetzung notwendiger regulärer Arbeitskräfte. Dass die Stadt Hannover je eingesetztem, für sie kostenlosen, Ein-Euro-Jobber monatlich obendrein netto rund 300 Euro so genannte »Mehrkostenaufwandsentschädigung« kassiert, vergrößert den Skandal noch.

An frühkapitalistische Zustände erinnert der Umstand, dass von den in der Hölderlinstraße stationierten Ein-Euro-Jobbern, u.a. die Unterzeichnung von Blanko-Beurteilungsbögen gefordert und dies als Beitrag zur »Entbürokratisierung« gerechtfertigt wird,

→ dass Erkrankte telefonisch derart unter Druck gesetzt werden, dass sie sich trotz erheblicher Schmerzen zum Erscheinen in der Hölderlinstraße genötigt sehen, um dort nach »Begutachtung« wieder nach Hause geschickt zu werden,

→ dass neue eingezogenen Ein-Euro-Jobbern bei Arbeitsbeginn Strafeinsätze angedroht werden, falls sie die willkürlichen Erwartungen der Vorarbeiter nicht erfüllen sollten.

Dieser Praxis gilt es so schnell wie möglich ein Ende zu setzen und – wie vom ver.di-Bundesvorstand gefordert – den Zwang von ALG2-Beziehern solch hochgradig prekäre



und mit Hungerlöhnen entgeltete Jobs (angesichts sonst drohender Sperren) verrichten zu müssen, sofort aufzuheben. ver.di-Erwerbslosenausschuss Bezirk Hannover, 9.11.05 ■

Offener Brief des ver.di Erwerbslosenausschusses Hannover

Lieber Kollege,

Anfang des Jahres hieß es auch von Seiten des Gesamtpersonalrats, die Stadt Hannover müsse sich an der Errichtung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung nach Hartz IV, den so genannten 1-Euro-Jobs beteiligen. Bei der Stadt, so das Argument, seien die Betroffenen durch die Personalräte besser geschützt, als in privaten gemeinnützigen Vereinen.

Mittlerweile konnten wir durch Gespräche mit Betroffenen, über einen Informationsbesuch im Stützpunkt Hölderlinstraße und einer Diskussion mit dem Personalrat der Hölderlinstraße diese Behauptung überprüfen. Das Ergebnis ist weder für die Stadt Hannover oder die ARGE, noch für den Gesamtpersonalrat schmeichelhaft.

Zunächst fällt ein Widerspruch in der Hölderlinstraße selbst auf. Einerseits vertritt die Einrichtung eine Art therapeutischen Anspruch gegenüber den Erwerbslosen, der sich noch in Zeiten gebildet hat, als die Bundesagentur für Arbeit im Einzelfall begründet hat, warum eine Maßnahme den Betroffenen eine erweiterte soziale Kompetenz – und damit bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt – vermitteln kann. Gegenwärtig findet eine solche Prüfung durch die ARGE nicht statt. Die Betroffenen werden nach Anfangsbuchstaben



des Nachnamens in die Maßnahmen gezwungen und in der Regel hat zuvor kein Eingliederungsgespräch stattgefunden. Eine Überprüfung der konkreten Tätigkeit auf die Kriterien des SGB II (Zusätzlichkeit, öffentliches Interesse) findet nicht statt. Soweit die ARGE überhaupt eine Überprüfung vornimmt, richtet sich diese auf Sanktionsmöglichkeiten gegen Erwerbslose, etwa durch Bewertungsanfragen.

Einberufen wurden deshalb auch Menschen, die durchaus sozial integriert sind, da sie ehrenamtlich für ihre Gewerkschaft oder eine Arbeitsloseninitiative tätig waren.

Diese Mängel der ARGE werden in der Hölderlinstraße vollständig ignoriert. Hier gilt Hartz IV nur als veränderte Rahmenbedingung, die der Einrichtung weiterhin ausreichendes Personal sichern soll. Entsprechend gestaltet sich das Arbeitsklima. Obwohl einerseits der therapeutische Anspruch hoch gehalten wird, den Betroffenen müsse ein sozialer Einstieg ermöglicht werden, wird andererseits ein knallharter Anspruch auf Auftrags Erfüllung aufgebaut. So wird Betroffenen offen gedroht, zu schlechteren Jobs versetzt zu werden, wenn sie nicht richtig funktionieren. Auch das Arbeitszeitreglement erinnert an Zeiten, als Fabriken noch Kasernenhöfen glichen. So dürfen die Einsatzkolonnen nicht vor den festgelegten Zeiten in die Einrichtung zurückkehren. All dies wird vom örtlichen Personalrat damit gerechtfertigt, dass die Vorarbeiter nur Zeitverträge hätten und daher nicht ausreichend eingearbeitet werden können.

Unserer Einschätzung nach liegt das Problem allerdings eher darin, dass sich der Personalrat überwiegend aus der Projektleiterebene zusammensetzt und sich dem Funktionieren der Einrichtung mehr verpflichtet fühlt, als den Betroffenen.

Wie auch immer: Im Resultat werden die Rechte der Betroffenen mit Füßen getreten. Was auch immer die Ziele der Maßnahmen seien mögen – eine Entwicklung über ein Bewusstsein von Arbeitnehmerrechten gehört nicht dazu.

An der Spitze der Skandale stehen:

Von den Betroffenen werden Pauschalunterschriften unter Bewertungsanfragen der ARGE blanko verlangt. Der Personalrat der Hölderlinstraße fragte uns hierzu, wo eigentlich das Problem liege. Es sei doch nur eine Arbeiterleichterung für die Projektleiter, wenn sie auf diese Art die Anforderungen der ARGE rationalisieren können.

Ein Betroffener, der krank war, erhielt einen telefonischen Anruf von seinem Projektleiter. Er fühlte sich daraufhin derart unter Druck, dass er trotz Erkrankung am Maßnahmeplatz erschien und erst nach eindeutiger Dokumentation seiner Erkrankung wieder nach Hause geschickt wurde. Der Personalrat der Hölderlinstraße erklärte uns dazu, dass die Einrichtung oftmals der letzte soziale Kontakt der Betroffenen sei. Man müsse sicherstellen, dass die Betroffenen nicht bereits tot in der Ecke liegen. Wir stellen dazu allerdings fest, dass sich eine derartige Verfolgungsbetreuung nicht einmal die ARGE erlauben würde.

Auch die rechtlichen Voraussetzungen für die Arbeitsgelegenheiten sehen wir in keiner Weise eingehalten. Diese Voraussetzungen sind im wesentlichen Zusätzlichkeit und öffentliches Interesse. Zusätzlich sind im öffentlichen Bereich nur Aufgaben, die sonst zwei Jahre lang nicht erfüllt werden können. Grundsätzlich nicht zusätzlich sind Aufgaben, die zu den Pflichten einer Kommune gehören. Etwa die Verkehrssicherheit und damit das Pflastern von Gehwegen. Nach unserer Kenntnis ist eine Einhaltung der Gesetze durch die Hölderlinstraße keineswegs gewährleistet. Während der Gesamtpersonalrat Stellen für die Hölderlinstraße pauschal genehmigt, findet die konkrete Auftragsaufnahme vor Ort statt. Der örtliche Personalrat redet von Mischangeboten von ABM und Hartz-IV-Opfern, will aber immerhin über die Frage der Zusätzlichkeit »neu Nachdenken«. Tatsächlich finden Arbeiten statt, die die genannten Kriterien nicht erfüllen. Etwa Renovierungs- und Gartenarbeiten für die ZVK. Etwa Umzugsaufträge für kommunale Behörden. Auch der Einsatz für die Stadtgärtnerei Hannovers dient einem kommerziellen Gewinn.

Es bleibt daher die Aufgabe aller Personalräte, Arbeitsgelegenheiten nach Hartz IV zu verhindern, statt sie zu begünstigen. Bei einer konsequenten Anwendung der Kriterien zu diesen Arbeitsgelegenheiten wären laut Tacheles e.V. 85 Prozent dieser Arbeitsgelegenheiten illegal. Und hier reden wir über Straftatbestände, wie Subventionsbetrug!

Uns als Erwerbslosenausschuss des ver.di-Bezirks Hannover reichen die gesetzlichen Kriterien ohnehin nicht. Zusätzlich und im öffentlichen Interesse war schließlich auch die Erbauung des Maschsees unter dem Reichsarbeitsdienst. In einer demokratischen Gesellschaft muss hier das Prinzip der Freiwilligkeit hinzukommen. Dies fordert ver.di Hamburg, dies fordern die Erwerbslosenausschüsse im Landesbezirk Niedersachsen/Bremen und einen entsprechenden Beschluss hat auch der Fachbereich 7, »kommunale Behörden« im ver.di-Landesbezirk vorgelegt.

Wir fordern vom Gesamtpersonalrat der Stadt Hannover eine schärfere Überprüfung der gesetzlichen Kriterien für Ein-Euro-Arbeitsgelegenheiten und die Durchsetzung der Freiwilligkeit als Voraussetzung solcher Maßnahmen.

Mit freundlichem Gruß

ver.di-Bezirkserwerbslosenausschuss, Region Hannover
Der Vorstand, in Abstimmung mit den Teilnehmern des
Erwerbslosentreff am 5. Oktober 2005

Beschäftigungssicherungsvertrag auf dem Prüfstand

Im Oktober hatte DaimlerChrysler (DC) angekündigt, 8500 Stellen zu streichen, davon 2700 in Bremen. Für das Bremer Werk sind das 20 Prozent der Belegschaft. Der designierte Vorstandschef Zetsche legte den Unternehmerstandpunkt klar: »Wir wollen mit weniger mehr erreichen, mehr Autos produzieren und verkaufen. Wir wollen insgesamt produktiver werden. Deshalb sollte es auch dazu kommen, dass in der gleichen Zeit wieder mehr Autos von den Bändern laufen.« (WK, 21.10.05)

Die Zahl 2700 hat allen Beschäftigten zunächst einmal die Sprache verschlagen. Noch vor einem Jahr hatte die IG Metall den Beschäftigungssicherungsvertrag bis 2011 als den großen Erfolg gefeiert – trotz vieler Zugeständnisse. Betriebsräte anderer Betriebe stellen diesen Vertrag als Vorbild dar. Bis zur Nagelprobe, was er denn wirklich wert ist, hat es nun wirklich nicht lange gedauert. Zwar sind betriebsbedingte Beendigungskündigungen bis Ende 2011 ausgeschlossen, nicht aber Änderungskündigungen, heißt es beim Konzernvorstand.

»...Diese Ausscheidensvereinbarungen oder Frühpensionierungen sind freiwillig und niemand kann gezwungen werden und niemand Entlassen werden. In der Zukunftssicherung 2012 sind betriebsbedingte Entlassungen ausgeschlossen...«, war in der IG Metall-Zeitung für die Kollegen von DC Bremen »Kopfstütze« zu lesen. Dann ist ja alles in Ordnung, könnte man denken.

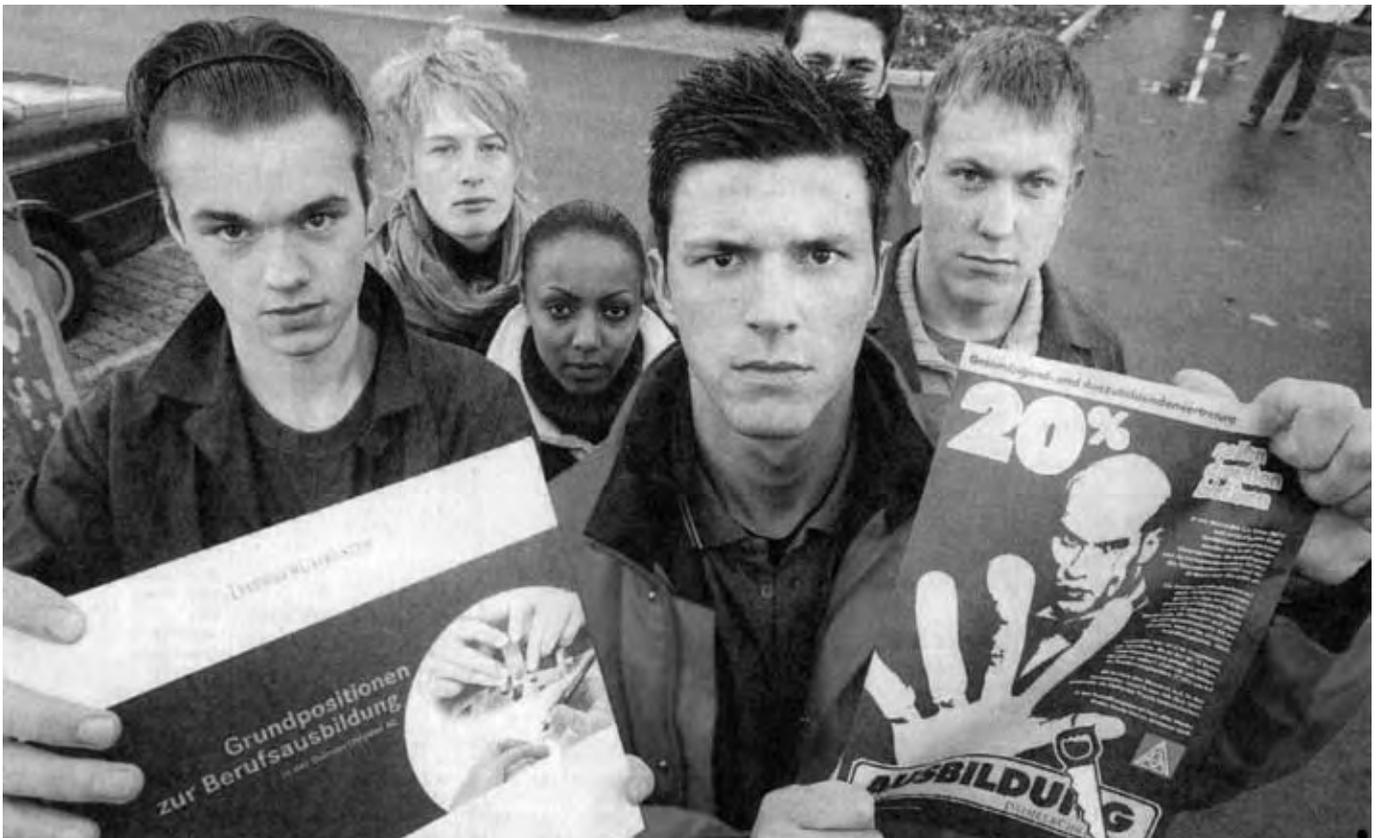
Konkret sieht es so aus: Bekommt ein Beschäftigter einen Stamarbeitsplatz in einem anderen Werk des Konzerns angeboten, muss er ihn in der Regel auch annehmen. Lehnt er ab, droht ihm schlimmstenfalls die Kündigung. Von der

Werksleitung wird in Umlauf gesetzt: Wenn sich nicht genügend Freiwillige melden, gibt es Änderungskündigungen. So sehen sich viele Kollegen vor die Frage gestellt: Wer geht vorzeitig in Rente, und wer wechselt dauerhaft oder auch nur auf Zeit an einen anderen Standort, wer lässt sich seinen Arbeitsplatz für eine Abfindung abkaufen. Oder heißt es am Ende: Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich oder mit teilweisen Lohnausgleich – dies für den Unternehmer aber nur freiwillig?

Die Zugeständnisse von 2004 haben den Kolleginnen und Kollegen von DaimlerChrysler in den Verhandlungen um den aktuellen Stellenabbau nichts genützt. »Dabei wurden wir von Konzernseite gerade in jüngster Zeit immer wieder für unsere Produktionsfortschritte gelobt«, jammerte der Bremer BR-Vorsitzende Udo Richter.

Staunen gab es in der Öffentlichkeit über die von »Bild« veröffentlichten Abfindungssummen. Das war Propaganda von Unternehmenseite. Die Kollegen selber waren schnell ernüchtert, nachdem sie nachgerechnet hatten, was ihnen nach den Abzügen übrig blieb; denn versteuert werden muss der Betrag. Großen Zuspruch hat der Weg, über die Abfindung in die Arbeitslosigkeit zu gehen, nicht. Wer nicht das große Glück hat, einen Anschlussarbeitsplatz zu finden, den erwarten 26 Monate Arbeitslosengeld, und dann von der Abfindung leben. Da kann die Uhr danach gestellt werden, wann das Geld ausgegeben ist: Hartz IV ist unerbittlich, da wird immer auf die Abfindung hingewiesen. Und den Kollegen ist bewusst, dass ihre Rente gemindert wird.

Auszubildende bei DaimlerChrysler protestieren gegen den geplanten Abbau von Ausbildungsplätzen



Wie passt das ...

»...Der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Berthold Huber, sprach von einem Tiefschlag. Im ZDF-Mittagsmagazin sagt er: »Wir akzeptieren die 8500 nicht per se. Betriebsrat und IG Metall werden sich dafür einsetzen, dass diese Abbauzahlen nicht Realität werden.« Weser Kurier vom 30.09.2005

... mit dem zusammen?:

»...Sollten allerdings die vom Unternehmen angestrebten Zahlen nicht erreicht werden, hat der Vorstand bereits angekündigt, über weitergehende Maßnahmen mit dem Betriebsrat verhandeln zu wollen. Dazu gehört u.a. eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich nach dem Beschäftigungssicherungs-Tarifvertrag.

Das wollen wir unbedingt vermeiden. Deshalb bitten wir alle Kolleginnen und Kollegen, sorgfältig zu prüfen, ob sie aufgrund ihrer persönlichen Umstände die Chance haben, von einem der jetzt vorliegenden Angebote Gebrauch machen. Erich Klemm (Vors. GesamtBR) in »Brennpunkt extra«

Zweifellos ist nicht zu unterschätzen, dass mit dem Beschäftigungssicherungsvertrag betriebsbedingte Kündigungen möglichst vermieden werden sollen. Doch das Problem ist in einem größeren Zusammenhang zu sehen:

- Beschäftigte, die jetzt abgebaut werden, können später teilweise durch billigere Kolleginnen und Kollegen eingetauscht werden.
- »...Wir müssen damit rechnen, dass der geplante Personalabbau zu weiterer Leistungsverdichtung führen wird. Insbesondere im indirekten Bereich, wo die Personalstärke nicht berechnet werden kann, müssen wir sehr genau beobachten, ob der Personalreduzierung auch eine angemessene Reduzierung der Aufgaben zugrunde liegt.« (Helmut Lense, BR-Vorsitzender Untertürkheim)
- Die Arbeitsplätze, die jetzt vernichtet werden, fehlen der Jugend, die aus der Schule kommt.
- Ein Ende des Arbeitsplatzabbaus durch die Unternehmer, ein Ende der verstärkten Belastung der noch Beschäftigten und des Anwachsens der Zahl der Arbeitslosen ist nicht absehbar.

Deshalb ist eine offene Diskussion über die Ursachen und die Antwort der Gewerkschaft nicht nur in der IG Metall so notwendig. Der Angriff auf die sozialen Standards der Belegschaft von DaimlerChrysler im Sommer 2004 war nur die Speerspitze der weiteren Unternehmerangriffe. Jede Belegschaft für sich alleine, war und ist nicht in der Lage, dem Unternehmerangriff zu widerstehen.

Beim Wort genommen

Der 1. Bevollmächtigte Dieter Reinken der Bremer IG Metall nahm zum Angriff des Unternehmens in der »Kopfstütze« Stellung: »...Alle Arbeitnehmervertreter ... haben darauf hingewiesen, dass die Abbauzahlen ohne konkrete Planung und unter Vorgriff auf erwartete Rationalisierungen festgelegt wurden. Jetzt muss eine konkrete Personalplanung auf den Tisch! Wo sollen mit wie viel Leuten welche Stückzahlen produziert werden? Planloser Personalabbau führt zu planloser Rationalisierung. Wer sagt denn, dass 2700 ein Dogma

ist? Wir müssen um jeden Arbeitsplatz kämpfen...« Daraufhin nahmen ihn Vertrauensleute von DC Bremen in einem Brief an die IG Metall beim Wort:

Lieber Dieter, Bremen, 13.10.2005
auf der Vertrauensleutenvollversammlung am 12.10.2005 wurde Dir von den Kollegen der Dauernachtschicht Halle 7 ein Brief übergeben. Wir (die unterzeichnenden Vertrauensleute der Halle 93) solidarisieren uns hiermit ausdrücklich mit den in diesem Brief gemachten Aussagen.

Auch wir sind der Meinung, dass die IG Metall – gerade in solch schwierigen Zeiten wie jetzt – viel mehr Präsenz zeigen müsste. Zum einen in den Betrieben, aber auch außerhalb dieser. Die Kollegen an den Bändern warten schon seit längerem darauf, dass die Gewerkschaft wieder die Rolle übernimmt, welche ihr eigentlich zugehört ist. Nämlich die Rolle des Anführers im Widerstand gegen die ständigen und immer unverschämter werdenden Erpressungen des Kapitals.

Es reicht nicht aus, in einem Interview seinen Unmut kund zu tun, welches dann in den Medien (wenn überhaupt) nur am Rande erwähnt wird. Sondern der erfolgreiche Kampf muss auch notfalls auf der Straße ausgetragen werden.

Es ist ziemlich erschreckend, dass eine Ankündigung wie der geplante Abbau von 8500 Arbeitsplätzen augenscheinlich ohne großen Widerstand hingenommen wird. Auch wenn viele Kollegen freiwillig aus dem Konzern ausscheiden, bedeutet es doch auch für die Regionen viele negative Folgen. Angefangen mit einer dauerhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen und einer damit einhergehenden Erhöhung der Arbeitslosen, bis hin zur Vernichtung der Zukunftsoptionen unserer Kinder. Von einem Verlust der Kaufkraft in diesen Regionen auf Dauer ganz zu schweigen.

In diesem Sinne mit kollegialen Grüßen

Die unterzeichnenden VL

(Unterschrieben von 14 Vertrauensleuten aus Halle 93)¹⁾

Belegschaft äußert ihren Unmut

Am 14. 11. 05 überwand die Belegschaft ihre Sprachlosigkeit. Die Frühschicht legte für eineinhalb Stunden die Arbeit nieder. Nach einem Zug durch die Hallen forderten ca. 4000 Kolleginnen und Kollegen Werksleiter Rainer Genes vor dem Verwaltungsgebäude auf, zur geplanten Vernichtung von 2700 Arbeitsplätzen am Standort Stellung zu nehmen. Zu den von der Werksleitung und einigen Centerleitern angedrohten Änderungskündigungen in andere Werke trugen die Kollegen ihren Unmut vor. Sie wollten wissen, was passiert, wenn sich nicht genügend Freiwillige finden, die ihren Arbeitsplatz gegen eine Geldzahlung räumen. Redner wiesen auf die Möglichkeiten des Beschäftigungssicherungsvertrages hin. Die geplanten Fremdvergaben und das Hineinpressen in den Dienstleistungstarifvertrag für einige Bereiche wurden angesprochen. Genes fand sich nur zum Gespräch mit dem »zuständigen Gremium, dem Betriebsrat« bereit.

Protest der Auszubildenden

Auch die Auszubildenden bekommen zu spüren, wie die Konzernleitung vom »Zukunftssicherungsprogramm« abrückt, das sie im Sommer 2004 mit der IG Metall beschlossen hatte. Am 18.11.05 protestierten Tausende Auszubildende in

1) Dieser Brief wurde persönlich an den Kollegen Reinken übergeben. Eine Stellungnahme steht bis heute (Stand 28.10.) aus.

zwölf deutschen Standorten der Mercedes Car Group gegen den Abbau von Lehrstellen. In Bremen ist der Verlust von 28 Ausbildungsplätzen im kommenden Jahr zu befürchten. In dem bis Ende 2011 geltenden Beschäftigungssicherungstarifvertrag wurde festgelegt, dass jeder Lehrling übernommen wird. Derzeit kann allerdings kaum ein Jugendliche nach dem Ende seiner Ausbildung in Bremen bleiben. Sie müssten nach ihrer Ausbildung über die konzerninterne »Dreh-scheibe« in andere Werke des Konzerns abgeordnet werden. Doch an mehreren Standorten werden Arbeitsplätze abgebaut. Damit steht auch die Übernahme in anderen Standorten in Frage. Der geplante Abbau von Ausbildungsplätzen bei DaimlerChrysler wie bei VW zeigt, welchen Wert die Zusagen von Industrie und Handwerk im »Ausbildungspakt« haben, jeder Jugendliche solle einen Ausbildungsplatz erhalten. Die Bremer DGB-Kreisvorsitzende sieht den Ausbildungspakt als Erfolg.

■ VW SALZGITTER

Skandal um VW-Betriebsräte kommt zeitgleich mit Personal-Abbau-Programm in Milliardenhöhe an die Öffentlichkeit. Vom Skandal wird geredet ...

Wochenlang beherrschte der VW-Konzern, nicht nur in der Regionalpresse, die Schlagzeilen in den Tageszeitungen. Der Rücktritt des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden Klaus Volkert wirkte bei VW und auch in der Region wie ein Paukenschlag. Die kläglichen Versuche vom Wolfsburger Betriebsrat und der örtlichen IG Metall, diesen Rücktritt als ohnehin geplant und nur vorgezogen darzustellen, wurden nirgendwo ernst genommen. Die vorausgegangenen Entlassungen vom Skoda-Personalvorstandsmitglied Schuster und einem hochrangigen Angestellten aus der zentralen Personalverwaltung in Wolfsburg wurden sofort mit dem Rücktritt Volkerts in Verbindung gebracht. Zunächst sah es nur nach finanziellen Verstrickungen des ehemaligen Gesamtbetriebsrats-(GBR)-Vorsitzenden aus. Offenbar gibt es ein Netz von Tarnfirmen, über das einige Leute organisiert haben, einen größeren Teil vom finanziellen Ertrag von VW abzubekommen, als das ohnehin schon der Fall war. In der Belegschaft tauchte die Frage auf: Woher hat der GBR-Vorsitzende soviel Geld zur Verfügung, was verdient er eigentlich?

Die seit Jahren in der VW-Belegschaft vorhandene Diskussion, was Betriebsräte eigentlich alles für Vorteile haben, wie sie bezahlt werden, warum alle einen Dienstwagen – natürlich mit Tankkarte – haben, erreichte neue Nahrung und führte schnell zu einer verstärkten Abkehr von Betriebsrat und Gewerkschaften. Die IG Metall reagierte mit Briefen an die Mitglieder, um die sich anbahnende Austrittswelle zu minimieren. Über die wohl zur Zeit noch nicht sehr große Zahl von Austritten kann man nur spekulieren, klar ist, dass die Haltung der Belegschaft dem Betriebsrat und der IGM

Diskussion um den Weg der IG Metall notwendig

Die Einsparung von 500 Millionen Euro im Konzern war vor einem Jahr ein verheerendes Signal für die Lohnabhängigen. Es folgten die Angriffe auf die sozialen Standards der Beschäftigten bei Opel, Karstadt, VW, und dann ein Unternehmen nach dem anderen. Vor einem Jahr fragten IGM-Vertrauensleute: Warum wird in diesem Kampf nicht die ganze Kraft der IGM eingesetzt, denn DaimlerChrysler ist doch nur die Speerspitze eines gesamten Unternehmerangriffs? Doch die IG Metall hat auf dem Mannheimer Kongress die Verbetrieblichung der Tarifauseinandersetzung in den Vordergrund gestellt. Keine Rede davon, die Vernichtung von Arbeitsplätzen und die Angriffe der Unternehmer auf die sozialen Standards der Beschäftigten mit einem gemeinsamen Kampf der Lohnabhängigen zu beantworten. Der Brief der 14 Vertrauensleute von DaimlerChrysler Bremen ist ein Ansatz, die Diskussion um den Kampf gegen die Erpressung durch die Unternehmer in die Bremer IG Metall zu tragen.

gegenüber (hier wird von den Arbeitern meistens eh nicht groß differenziert) gelitten hat. Die vergangene Tarifrunde bei VW (Arpo 1/2 2005) ist im Denken der KollegInnen noch präsent, fühlten sie sich hier zu Recht wieder einmal verkauft und warfen der IGM vor, mit der sich während der Tarifrunde stark entwickelten Bereitschaft nicht mehr durchgesetzt, stattdessen über Nacht einen schnellen, aber dennoch »faulen« Abschluss erreicht zu haben. Auf der Grundlage dieses weit verbreiteten Denkens in der VW-Arbeiterschaft haben die Vorfälle um Volkert und andere die kritische Haltung den Betriebsräten gegenüber nur verstärkt. Die Notwendigkeit, die gewählten Betriebsräte zu kontrollieren, wird zwar akzeptiert, aber diese Kontrolle selbst zu organisieren und auch durchzuführen wird als Aufgabe noch nicht begriffen und angegangen.

Schon vor und vor allem während der Tarifrunde 2004 waren nicht nur die Regionalzeitungen an den VW-Standorten, sondern auch die überregionalen Medien voll von Berichten über die viel zu hohen Löhne der Arbeiter bei Volkswagen und die Machtstellung der Betriebsräte und der IGM, die für die ganze Misere bei VW verantwortlich gemacht werden. Die Wirtschaft in unserer Republik würde ohnehin, so der Tenor unisono im Blätterwald, am viel zu starken Einfluss der Gewerkschaften krank.

Verstärkt wird dieses Vorurteil aber auch von vielen »Betriebsratsfürsten« und Gewerkschaftsfunktionären mit ihren häufig getätigten Aussprüchen: »Ohne uns geht hier nichts; wir verhandeln in Augenhöhe mit unserem Unternehmensvorstand; wir müssen die Fehler des Managements korrigieren«. Die Funktionäre aus den VW-Werken haben sich

auch innerhalb der IGM mit solchen Haltungen nicht besonders beliebt gemacht.

Die Machtstellung des Wolfsburger Betriebsratsgremiums **innerhalb** der Interessenvertretungen des Konzerns und der IGM war schon herausragend, und der GBR-, KBR- und Weltbetriebsratsvorsitzende Volkert wurde im Laufe seiner Tätigkeit zu einer mit scheinbar grenzenlosen Machtbefugnissen ausgestatteten Person. Aus Angst vor Auftragsverlusten für die eigenen Standorte hat sich auch kein BR-Vorsitzender der anderen VW-Standorte getraut, gegen den Strom zu schwimmen.

Die schon jahrzehntelang die Korruption fördernde, seit 1970 sogar durch Betriebsvereinbarungen festgeschriebene bevorzugte Stellung der Betriebsräte bei VW hat innerhalb der Interessenvertretung offensichtlich nochmals eine starke Hierarchisierung erfahren, mit dem Ergebnis, dass »Herrn Volkert«, nach einer Anweisung von »Herrn Hartz«, dem damaligen Arbeitsdirektor von Volkswagen, jeder Wunsch zu erfüllen sei. Dass die so beauftragten »Wunscherfüller« auch ein wenig Anteil an der Freude haben wollten, macht die Sache nur pikanter. Sogar ein Ehrendoktorhut wurde für Volkert organisiert, was allerdings nun auch einiges über die »Würde« dieser Kopfbedeckung aussagt!

Die Kolleginnen und Kollegen nehmen Informationen zu diesen Skandalen gern auf, wohl wissend, dass die »ganze Geschichte doch wie immer vertuscht wird, die Wahrheit nicht ans Tageslicht kommt«. Dass das Ganze nur von den Medien, die Betriebsräten nicht wohl gesonnen sind, erfunden wurde, glauben selbst die Erfinder solcher Ausreden nicht mehr. Für die lohnabhängigen Menschen bei VW ist diese zwar willkommene Abwechslung im betrieblichen Alltag nicht das Zentrum ihrer Probleme und Nöte. Die seit über einem Jahr von Management und Co-Management (das sind große Teile der Interessenvertretung bei VW) propagierte Notwendigkeit von Einsparungen in Milliardengröße bereitet ernstere Probleme. Mit dem Ausgang der Tarifrunde 2004 und der Umsetzung der Tarifiergebnisse werden die KollegInnen arg gebeutelt, mal trifft es die Älteren, mal die Arbeiter in der mechanischen Fertigung, mal die in der Montage Tätigen, mal bestimmte Angestelltengruppen, mal Instandhaltungsbereiche und schon wie in der Vergangenheit immer häufiger die Auszubildenden. Fast nie trifft es alle mit gleicher Schwere. Unruhe in einzelnen Beschäftigtengruppen lässt sich leichter überschauen und kanalisieren, Angst vor Gegenwehr, wenn es alle trifft, ist offenbar bei Management und Co-Management schon vorhanden. Die Geschäftsleitung will das Fass sehr voll machen, es aber noch nicht zum Überlaufen bringen. Die Schmerzgrenze ist wohl noch nicht erreicht, der Unmut aber stark verbreitet.

Nach einer lokalen Zeitungsmeldung ist in einer Verhandlungsgruppe zur Umsetzung von Teilergebnissen aus der Tarifrunde von VW-Vertretern angekündigt worden, dass VW die Lehrlingsausbildung ganz einstellen will. Auch in diesem Bereich müsse gespart werden, zu Einstellungen werde es die nächsten Jahre sowieso nicht kommen.

Wenn die Absicht auch ein wenig mit der Aussage relativiert wurde, dass ja Töchter des Konzerns wie »Autovision«



Betriebsversammlung bei VW in Braunschweig

in geringerem Umfang und natürlich zu anderen Konditionen ausbilden könnten, wurde doch unmissverständlich gesagt, dass es bei VW zwar Vereinbarungen gibt, die die Übernahme von Auszubildenden regeln, aber dass überhaupt ausgebildet werden muss, ist nirgendwo festgeschrieben; insofern ist VW ja nicht mal vertragsbrüchig.

Dieses Ansinnen hat im VW-Werk Salzgitter dann doch einige Funktionäre und natürlich die Jugend- und Auszubildenden-Vertretung auf den Plan gerufen. Am folgenden Tag fand eine Versammlung aller Auszubildenden statt. Mit großer Empörung wurden die Pläne von VW aufgenommen. Der Vorschlag, sich sofort zu einer gerade stattfindenden IGM-Vertrauensleutesitzung zu begeben, mit den Vertrauensleuten auch die Personalchefin aus Salzgitter zu diesen Absichten zu befragen, den eigenen Protest auszudrücken und Widerstand gegen die Pläne anzukündigen, wurde sofort umgesetzt. Mit Sirenen und Trillerpfeifen machten die Auszubildenden auf ihre Probleme aufmerksam und zogen durchs Werk zu der Vertrauensleutesitzung. Hier wurde nicht lange diskutiert, ob die Aktion unterstützt werden sollte, endlich konnten **alle anwesenden Funktionäre** ihren Protest nicht nur wegen der schäbigen Haltung zu der Azubi-Problematik ausdrücken. Die ganze Aktion dauerte etwa zwei Stunden. Die Antworten der Personalchefin waren vage, aber letztendlich bestätigte sie die Absichten von VW. Alle sollen Opfer bringen, schließlich wird ja auch bei den Führungskräften eingespart.

Viele Vertrauensleute und die Auszubildenden haben diese Aktion als einen Anfang zur Gegenwehr gegen die Sparpläne zur Profitmaximierung bei VW gesehen. Ob dies das Einläuten der Wende vom »Alles-Akzeptieren« zum Widerstand war, bleibt zu bezweifeln, auch wenn daran zu arbeiten die vordringlichste Aufgabe der aktiveren Vertrauensleute und der wenigen klassenbewussten KollegInnen wäre.

1.12.2006 ■

Kongress des US-Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO

Der folgende Artikel des langjährigen Gewerkschaftsaktivisten, Journalisten und Fotografen David Bacon aus Berkeley, USA, berichtet über den Kongress des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO im Sommer 2005 in Chicago. Wie auch in bundesdeutschen Medien dargestellt, kam es auf diesem Kongress bzw. kurz danach zur Abspaltung einer Gruppe von fünf großen Einzelgewerkschaften, nämlich die Dienstleistungsgewerkschaft SEIU, die Teamsters (Transportarbeiter und diverse Leichtindustrien), die Gewerkschaft der Hotel-, Restaurant- und Textilarbeiter (UNITE-HERE), Nahrungsmittel- und Einzelhandelsbeschäftigte (UFCW), sowie die Mischgewerkschaft Laborer International Union. Dieses Ereignis wurde auch als historische Spaltung des seit 1954 bestehenden Einheitsdachverbandes AFL-CIO bezeichnet.

Der Artikel beschreibt und analysiert die Hintergründe und die zu Grunde liegenden Probleme der US-Gewerkschaften: nämlich der anhaltende, seit den Ereignissen des 11. September 2001 noch weiter beschleunigte Verlust an Mitgliedern; die Unfähigkeit der meisten Gewerkschaften, in den erdrückend angewachsenen »gewerkschaftsfreien« Wirtschaftsbereichen zu organisieren; und schließlich die Versuche der Gewerkschaftsführungen, die politische und organisatorische Schwäche durch verstärkte politische Lobbyarbeit und massive Wahlunterstützung für die Demokraten auszugleichen. Ein Ergebnis dieser Politik ist auch die in diesem Jahr vollzogene Wende rückwärts in der Einwanderungspolitik, mit der die Gewerkschaftsführungen ihre relativ progressive Politik zur Legalisierung undokumentierter Arbeitsmigranten einer Befürwortung der von der Bush-Regierung initiierten neuen »Gastarbeiterprogramme« opferte.

Die Spaltung des AFL-CIO markiert zugleich das Scheitern der in den neunziger Jahren begonnenen organisatorischen Erneuerung der Gewerkschaften »von oben«, für die der Name des 1995 gewählten AFL-CIO-Präsidenten Sweeney steht. Über die damaligen Auseinandersetzungen in den US-Gewerkschaften haben wir in der »Arbeiterpolitik« ausführlich berichtet, ebenso über den wohl wichtigsten Erfolg dieser Erneuerungspolitik – den Streik der Gewerkschaft der Teamsters (Transportarbeiter) beim Paketdienst UPS 1997 – und den späteren Sturz der Reformführung der Teamsters um John Carey auf dem Hintergrund zwielichtiger Spenden an die Demokratische Partei.

Auch wenn die historischen Voraussetzungen andere sind und der Verfall der gewerkschaftlichen Organisationsbasis in den USA in besonderem Masse vorangeschritten ist, so sind Parallelen zum Verhalten der Gewerkschaftsführungen in Deutschland und anderen europäischen Ländern nicht zu übersehen. Das Scheitern des auch von vielen Gewerkschaftslinken unterstützten Sweeney-Kurses zeigt zugleich die Grenzen einer Erneuerung »durch den Apparat«, an der sich linke Kräfte in den Gewerkschaften angesichts ihrer eigenen politischen Schwäche und geringer Widerstandsbereitschaft in der Arbeiterschaft beteiligen.

Umso wichtiger erscheint es daher, wenn in den US-Gewerkschaften in den letzten Jahren eine überraschend breite Opposition gegen den Krieg der Regierung Bush im Irak und die opportunistische Haltung der Gewerkschafts-

führungen dazu entstanden ist. Der Beschluss des AFL-CIO-Kongresses, der US-Regierung die Unterstützung der Gewerkschaften für diesen Krieg zu entziehen, ist sicherlich als historisch zu bewerten. Er ist Ausdruck einer breiten, aber auch gut organisierten Oppositionsbewegung, die vor allem von dem Netzwerk »US Labor Against the War« (USLAW) getragen wurde. Die Bedeutung dieses Beschlusses mag zwar angesichts der Spaltung des Dachverbandes und des Gewichtsverlustes der Gewerkschaften eingeschränkt erscheinen. Er ist allerdings auch Ausdruck eines Widerstandes gegen den Kapitulationskurs der Gewerkschaften gegenüber den herrschenden politischen Kräften und den Unternehmern, der vielleicht breiter ist als man denkt. ■

Die US-Gewerkschaften im Krieg

San Francisco, CA – Im höhlenartigen Tagungszentrum Navy Yard in San Francisco standen die Delegierten Schlange hinter den vier Saalmikrofonen. Vor Mikrofon Nr. 2 stand Nancy Wohlforth, Delegierte aus San Francisco. Auf diese Gelegenheit hatte sie zwei Jahre lang gewartet. Als sie an die Reihe kam, trat sie vor: »*Alles was wir von der Bush-Administration zu hören bekommen, die uns unter verlogenen Vorwänden in den Irak-Krieg getrieben hat, um ihrer Kumpanei von Halliburton (Öl-Explorationsgesellschaft, d. Ü.) ein Geschäft zuzuschancen, sind Verdrehungen und Lügen.*« Ihre Stimme wird lauter, als sie auf eine Gruppe irakischer Arbeiter deutet, die allen Widerständen zum Trotz den langen und gefährlichen Weg von Bagdad zu dieser Vollversammlung des US-Gewerkschaftsbundes AFL-CIO zurückgelegt haben. »*Ich werde Euch sagen, was sie wollen*«, donnerte sie in den Saal, »*sie wollen das Ende der US-Okkupation.*« Ihre Rede wurde von Applaus unterbrochen. »*Sie wollen es jetzt und nicht morgen!*« Verstärkter Applaus. »*Solange wir dort sind, werden sie niemals in der Lage sein, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und einen wirklich demokratischen Staat aufzubauen.*« Überwältigender Applaus.

Zwei Jahre lang hatten sie und ihre streitbaren Verbündeten in der Bewegung »US Labor Against the War« gekämpft, um endlich das Thema Irak-Krieg auf die Tagesordnung der Sitzung der AFL-CIO in Chicago zu bringen. Doch kaum hatte die Gewerkschaftsbewegung den historischen Schritt getan, sich gegen den Krieg zu wenden, opferte sie ihre Einheit in einer Orgie interner Zwistigkeiten. Am Tage vor Frau Wohlforths Rede hatten drei Einzelgewerkschaften den Gewerkschaftsbund verlassen – nicht wegen der Außenpolitik, sondern wegen Meinungsverschiedenheiten darüber, wie auf den wirtschaftlichen und politischen Niedergang der US-Gewerkschaftsbewegung reagiert werden sollte. Der Krieg mag mit diesen eher pragmatischeren Sorgen wenig zu tun haben; aber am Ende der Versammlung, als sie auf den politischen Scherbenhaufen blickten, sahen viele Gewerkschaftsaktivisten Zusammenhänge zwischen den Themen. Sie schlussfolgern, dass die Arbeiterbewegung ihre inneren

Widersprüche aufarbeiten und Mut und politische Perspektive gewinnen muss.

Die Krise der amerikanischen Gewerkschaften

Die Gewerkschaften sehen sich bundesweit mit einem dramatischen Mitgliederrückgang konfrontiert. Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg repräsentierten sie 35 Prozent der Beschäftigten in den USA. 1975, nach dem Vietnam-Krieg, waren es nur noch 26 Prozent. Heutzutage sind nur noch insgesamt 12 Prozent aller Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert, im privatwirtschaftlichen Bereich sind es gar nur 8 Prozent. Die meisten davon leben in den städtischen Zentren entlang der Ost- und Westküste und im ursprünglichen Industriegürtel des Mittleren Westens; in großen Teilen des Landes stehen die Beschäftigten ihren Unternehmern vereinzelt gegenüber.

Die fallenden Mitgliederzahlen bedeuten letztlich sinkenden politischen Einfluss und eine schwächere Verhandlungsposition. In Kalifornien (ein Sechstel der AFL-CIO-Mitgliedschaft) und in New York haben die Gewerkschaften ihre stärksten Bastionen. Aber selbst dort müssen sie einen Kampf auf Biegen und Brechen gegen Gouverneur Arnold Schwarzenegger bestehen. Die politische Durchsetzungsfähigkeit von Kaliforniens mächtiger Öffentliche Dienstes-Gewerkschaft könnte durch die im Wahlkampf angekündigten Maßnahmen der Staatsregierung zerbröckelt werden. Da ist es wohl kaum der richtige Zeitpunkt für eine Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, aber so ist es dennoch gekommen.

Die Spaltung des Dachverbandes AFL-CIO

Bereits am ersten Tag des AFL-CIO-Gewerkschaftstags verließen zwei Mitgliedsgewerkschaften den Verband, mit der Service Employees International Union (SEIU), die mit 1,8 Millionen Mitgliedern stärkste Einzelgewerkschaft, sowie die International Brotherhood of Teamsters mit 1,1 Millionen Mitgliedern. Nach Abschluss des Gewerkschaftstages folgte als dritte die United Food and Commercial Workers-Gewerkschaft. Sie alle sind große und wichtige Gewerkschaften in Nordkalifornien. Die Verwaltungsstelle (local) 790 von SEIU z. B. organisiert Beschäftigte des öffentlichen Dienstes von San Francisco bis Stockton, local 535, eine der landesweit größten Verwaltungsstellen, organisiert im ganzen Bundesstaat die Beschäftigten der sozialen Dienste und des Gesundheitswesens. Die Teamsters organisieren in der Bay Area Berufskraftfahrer, Beschäftigte in den Lagerhäusern, der Lebensmittelindustrie und in vielen anderen Privatunternehmen. United Food and Commercial Workers vertritt als Gewerkschaft die Beschäftigten in den Selbstbedienungsläden und in den fleischverarbeitenden Betrieben. Diese drei Einzelgewerkschaften haben einen neuen Dachverband mit dem Namen »Change to Win« (Wandel zum Erfolg) gegründet, dem sich weitere Gewerkschaften angeschlossen haben, die – jedenfalls bislang – noch nicht aus dem AFL-CIO ausgetreten sind; UNITE HERE ist eine davon. Deren Local 2 hatte eine geradezu epischen Kampf gegen 14 von San Franciscos größten und luxuriösesten Hotels ausgetragen. Andere Verwaltungsstellen von UNITE HERE organi-

Zur Bedeutung der Kriegsfrage auf dem Gewerkschaftskongress

Heute werden Gewerkschaften durch Angehörige jener Generation geführt, die während des Vietnam-Krieges den Protest mit organisierten und die gegen die darauf folgenden militärischen Interventionen der US-Regierung auf die Straße gingen. Einige von ihnen mögen sich bewusst oder unbewusst von diesen Wurzeln entfernt haben, aber bei weitem nicht alle. So wie Nancy Wohlforth sind sie es leid, erleben zu müssen, wie das US-Militär benutzt wird, um eine Wirtschaftsordnung zu festigen, die sie zu Hause bekämpfen. Zwar mag die Gewerkschaftsbewegung über ihre inneren Strukturen zerstritten sein, über den Irak-Krieg fällt das Urteil überraschend einmütig aus.

Unterschiedslos verurteilte ein Redner nach dem anderen Krieg und Besatzung und forderte den Rückzug der Truppen. Diese Debatte markierte den Höhepunkt einer Bewegung, welche die US-Gewerkschaften nach Beginn des Krieges vor zwei Jahren erfasst hatte. Von dem Augenblick an, wo offenkundig geworden war, dass die Bush-Regierung den Irak besetzen wollte, begannen Gewerkschaftsaktivisten ein bundesweites Netzwerk gegen den Krieg, »US Labor Against the War« (USLAW), zu organisieren. Ursprünglich das Werk einiger kleiner Gruppen aus einigen wenigen Gewerkschaften, repräsentiert diese Koalition nun mehr als eine Million Gewerkschaftsmitglieder. Dies sahen nun von ihren Plätzen auf der Besuchergalerie die irakischen Gewerkschaftsvertreter, auf die Frau Wohlforth hingewiesen hatte. Einer von ihnen hatte bereits seit zwei Monaten, zusammen mit fünf anderen Gewerkschaftsaktivisten, die USA bereist, um auf die Lage der Beschäftigten im Irak aufmerksam zu machen. In 16 Tagen

bereisten sie mehr als 50 Städte, wo sie in den US-Gewerkschaften darauf drängten, auf ein Ende der Besatzung hinzuwirken.

Ihren Rückhall fand die Rundreise dann in der Diskussion auf dem Gewerkschaftstag. Beginnend mit San Francisco, brachten bundesweit 18 Gewerkschaftsgliederungen Resolutionen ein, in denen der Rückzug der US-Truppen gefordert wurde. Der AFL-CIO Bundesvorstand suchte zu Beginn des Gewerkschaftstages diese Resolutionen durch eine eigene Vorlage zu ersetzen, die eine Beendigung der Okkupation »sobald wie möglich« forderte. Diese Formulierung deckte sich mit jener der Bush-Regierung. Daraufhin forderten Delegierte aus dem USLAW-Netzwerk eine Änderung der Formulierung in »schnellen Rückzug« (rapid withdrawal). Dem Bundesvorstand war klar, dass es hierüber heftige Auseinandersetzungen geben würde und dass der eigene Sieg nicht unbedingt gesichert sein würde, so stimmte er der Änderung zu. In der Aussprache über die Resolution betonte Paulson, »'schneller Rückzug', das bedeutet für uns das gleiche wie 'unverzögerlicher Rückzug', aus diesem Grunde werden wir für die Annahme der Resolution (des Bundesvorstandes, d. Ü.) stimmen.« Die Formulierungsänderung fand dann eine überwältigende Mehrheit.

Die Forderung nach schnellem Rückzug der US-Soldaten beinhaltet mehr, als sie nach Hause zu bringen. Mit ihr stellen sich die US-Arbeitnehmer auf die Seite ihrer irakischen Kolleginnen und Kollegen, die sich gegen die Umgestaltung ihres Landes zugunsten einer reichen globalen Elite zur Wehr setzen.

sieren Beschäftigte aus der Bekleidungsindustrie und dem Wäschereigewerbe. Zu »Change to Win« gehören auch die United Farm Workers, die Laborers International Union sowie die Schreinerergewerkschaft, die schon vor mehreren Jahren AFL-CIO verließ.

Strukturelle Probleme der Einzelgewerkschaften

In den Monaten vor dem Gewerkschaftstag stand das Thema Irak nicht im Mittelpunkt der innergewerkschaftlichen Diskussionen. Es wurde überlagert von anderen Diskussionen, in denen es vor allem um die Fähigkeit der Gewerkschaften ging, die Krise zu überleben. Die strategischen Kontroversen, die schließlich zur Spaltung führten, hatten nichts mit internationaler Politik, dafür aber viel mit strukturellen Problemen zu tun, die einem erfolgreichen Handeln der Gewerkschaften im Wege stehen.

Dies lässt sich am besten an den hiesigen Erfahrungen mit dem langwierigen Kampf des Hotelpersonals in San Francisco illustrieren. Ausgehend von der Überlegung, dass es von Vorteil wäre, bundesweit zeitgleich mit den großen Hotelketten zu verhandeln, forderte das Hotelpersonal, dass alle Tarifverträge zum gleichen Termin auslaufen sollten, und zwar im Jahr 2006. Fast überall waren die Beschäftigten erfolgreich, mit Ausnahme von San Francisco. Dort verweigert die wichtigste Unternehmergruppe die Zustimmung. Sie vertritt milliardenschwere Hotelketten wie Hilton, Intercontinental, Starwood und Hyatt, die Hotels rund um den Erdball betreiben. Ihnen ist klar, dass Gewerkschaften, die nach und nach in den Städten das Hotelpersonal organisieren, schließlich andere Lebensverhältnisse für ihre Mitglieder durchsetzen können, als örtlich isolierte Organisationen.

Dem Hotelpersonal geht es auch darum, die bitteren Erfahrungen der Beschäftigten in den Selbstbedienungsmärkten in Los Angeles vor zwei Jahren nicht wiederholen zu müssen. Damals kämpften 40.000 Beschäftigte fünf Monate lang gegen die Ladenketten von Safeway, Albertsons und Ralph's in Südkalifornien. Letztendlich waren sie gezwungen, deutlich niedrigere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen hinzunehmen, weil die Kettenunternehmen im Rest des Landes ihre Läden offen halten und Gewinne erwirtschaften konnten. Die Schlussfolgerung für die Gewerkschaften lautet, dass regionale Tarifverhandlungen mit großen multinationalen Gesellschaften nicht erfolgreich geführt werden können. Was den Beschäftigten fehlte, war Solidarität, die Fähigkeit, gemeinsam zu handeln.

Eine ähnliche Lektion kam von United Airlines. Die Fluglinie kündigte zum Beginn des Jahres ihre betriebliche Altersversorgung, die Rentner sahen sich erbarmungslos geplündert. In der Luftfahrtindustrie sind elf unterschiedliche Gewerkschaften tätig, vier allein bei United Airlines. Unter diesen Umständen ist es für die Beschäftigten schwierig, Erfolge zu erzielen. Gäbe es nur eine einzige zuständige Gewerkschaft, die zudem noch fast alle Beschäftigten organisieren könnte, wäre es sehr viel einfacher. Die Beschäftigten könnten dann ihre Zustimmung zum Abbau der Altersversorgung verweigern, für deren Aufbau sie Jahrzehnte lang eingezahlt hatten. Falls eine Gesellschaft insolvent würde, United Airlines hatte damit gedroht, so könnten deren Mitarbeiter bei anderen Gesellschaften leicht unterkommen, vorausgesetzt, es gäbe nur eine Gewerkschaft und einen Tarifvertrag.

Die kalifornischen Arbeitnehmer haben einen hohen Preis für ihre altmodische Organisationsstruktur gezahlt – sinkende Löhne, reduzierte Prämien, Pensionskürzungen. Andererseits hat die International Longshore and Warehouse Union vor drei Jahren eine Aussperrung der Unternehmer erfolgreich zurückgewiesen. Ihr Erfolg geht auf ihr kluges Verhalten in den 30er und 40er Jahren des letzten Jahrhunderts zurück. Hafenarbeiter genossen damals den Ruf, Trottler und Abschaum zu sein. Nach dem Generalstreik von San Francisco im Jahre 1934 konnten sie einen allgemeinen Tarifvertrag für die gesamte Westküste durchsetzen, der alle Reeder und Häfen einschloss. Die Folge war, dass die Löhne der Hafenarbeiter heute Spitzenlöhne erhalten, ein Erfolg der Solidarität. Daher wurden in vielen Gewerkschaften im letzten Jahr Änderungsvorschläge zur eigenen Praxis diskutiert. Auf dem Gewerkschaftstag der SEIU, August letzten Jahres, begann deren Vorsitzender Andy Stern die Diskussion mit einem Aufruf zu einem tiefgreifenden, strukturellen Wandel. Nachdem dann im Jahr 2004 die Gewerkschaften den demokratischen Präsidentschaftskandidaten nicht durchsetzen konnten, veröffentlichte SEIU ein Zehn-Punkte-Programm mit dem Titel »Unite To Win«, welches unverzüglich heftige Kontroversen hervorrief und auf das andere Gewerkschaften sich bezogen.

Widersprüche im Dachverband überzukünftigen Kurs

Strittigster Punkt ist die Befugnis für den Dachverband AFL-CIO, kleine Gewerkschaften zur Verschmelzung mit anderen aufzufordern, damit sie ein ausreichendes Organisations- und Verhandlungspotential gewinnen. Der Dachverband sollte auch der organisatorischen Zersplitterung in den Industriezweigen entgegen treten. »Nehmen wir die Luftfahrtindustrie«, sagte Stern in einem Interview, »dort sind die Gewerkschaften aufgeteilt nach Beschäftigtengruppen, nach Gesellschaften, Bereichen mit und ohne gewerkschaftlichen Einfluss. Wir sollten uns selbst gegenüber ehrlich sein. Wenn wir die Kampfkraft der Beschäftigten schwächen, wenn wir keine gemeinsame Strategie haben, dann müssen die Arbeitnehmer dafür den Preis bezahlen.«

Viele Gewerkschaften haben sich heftig gegen den Zwang zur Verschmelzung gewehrt. Letztlich wurde daraus eine Auseinandersetzung über Geld. Die Change-To-Win-Koalitionäre forderten, dass die Hälfte ihrer Beitragszahlungen an den Dachverband zweckgebunden für Mitgliederwerbung verwendet werden sollen. Dagegen vertrat der Vorsitzende des AFL-CIO, John Sweeny, der seinerzeit Vorsitzender von SEIU und Ziehvater von Stern war, die Auffassung, dass sowohl für die Mitgliederwerbung mehr Geld ausgegeben werden sollte als auch für politische Wahlkampagnen. Tatsächlich vertraten beide Seiten den Standpunkt, mehr Geld für Wahlen und für Mitgliederwerbung – die Differenzen betrafen die jeweiligen Anteile für das Eine wie das Andere.

War dieser Streit ein ausreichender Grund für die Spaltung des Dachverbandes?

Ja, behauptet Eliseo Medina, stellvertretender SEIU-Vorsitzender für die westliche Region. »Nur wir selbst können uns retten«, sagte er in einem Interview, »kein noch so gutwilliger Politiker könnte dies für uns tun. Um erfolgreich zu sein, müssen wir viel mehr Menschen in unsere Bewegung hineinziehen. Politische Lobby-Arbeit ist wichtig, aber wir müssen vor allem die vielen Millionen Arbeitnehmer mobili-

sieren, die sich gewerkschaftlich organisieren würden, wenn sie dazu die Möglichkeit erhielten. Nach unseren Vorstellungen sollten die Hälfte des Mitgliedsbeitrags, an AFL-CIO, also etwa 50 Millionen Dollar, an die Gewerkschaften zurückfließen, die bereit sind, die Arbeitnehmer in den bedeutendsten Industriezweigen zu organisieren. Die AFL-CIO-Spitze wollte lediglich 15 Millionen Dollar dafür zur Verfügung stellen und den Rest für politische Lobby-Arbeit verwenden. Dieser Betrag wäre völlig unzureichend gewesen, somit waren die Differenzen klar definiert.«

Andere äußerten Zweifel. Einige einfach aus dem Grund, weil sie in der gegenwärtigen bedrängten Lage der Gewerkschaften jegliche Spaltung für verhängnisvoll halten. Andere hatten den Eindruck, dass die Angelegenheit noch weiter hätte diskutiert werden müssen. Zu ihnen gehört Bill Fletcher. Nachdem im Jahre 1995 der Reform-Vorstand unter John Sweeney gewählt worden war, übernahm er die gewerkschaftliche Bildungsarbeit und wurde später Sweeneys Assistent. Nachdem er seine radikalen Vorstellungen nicht durchsetzen konnte, wurde er zum unverblühten Kritiker des nur schleichenden Wandels der US-Gewerkschaften. »Unsere Gewerkschaften leiden an einem starren Konservatismus, der Unfähigkeit, die gesellschaftlichen Veränderungen wahrzunehmen. Daher kommt unser Bedürfnis nach einem neuen Aufbruch«, sagte er in einem Interview. »Die meisten der gegenwärtigen Führungskräfte sollten zurücktreten. Sie haben völlig falsche Vorstellungen über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in diesem Lande. In Wirklichkeit werden die Gewerkschaften weder von der politischen Elite noch vom Kapital akzeptiert.«

Fletcher und andere meinen, dass der Streit um Geld für die Mitgliederwerbung oder politische Lobby-Arbeit zuviel Platz eingeräumt wird, der Debatte um die gewerkschaftspolitischen Ziele dafür zu wenig. Aus ihrer Sicht stellt die Auseinandersetzung über den Irak-Krieg auf dem AFL-CIO-Gewerkschaftstag einen Gewinn an politischer Substanz gegenüber der Diskussion um Geld und Organisationsstrukturen dar.

Die Arbeiterbewegung braucht diese tiefer gehende Diskussion dringend. So sind beispielsweise die hohen Ideale der Organisation und der Verteidigung der Rechte der Arbeitsimmigranten und der Papierlosen auf der Strecke geblieben, die Thema des AFL-CIO Gewerkschaftstages von 1999 in Los Angeles waren, und die Millionen Menschen Hoffnung brachten. Damals hatte ebenfalls ein Vorstoß aus dem Plenum des Gewerkschaftstages eine Änderung der herrschenden Gewerkschaftspolitik bewirkt. Die Gewerkschaften revidierten ihre ursprüngliche Haltung zu Sanktionen gegen Unternehmer auf der Grundlage des Immigration Reform and Control Act von 1986, der die Arbeitsaufnahme eines Papierlosen bundesweit zu einem Straftatbestand machte.

Kampf ums Überleben

In der Zwischenzeit kämpfen die Gewerkschaften und ihr Dachverband in San Francisco um ihr Überleben. Keiner weiß, was die Arbeitnehmer in der kommenden Runde wirtschaftlich und politisch erwartet. In San Francisco gibt es ein größeres Problem, als anderswo – Josie Mooney, geschäftsführende Vorsitzende der großen Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes der Stadt, Local 790, ist zugleich Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes. Bislang hat sie keine Anzeichen

für einen Rücktritt erkennen lassen und Medina zufolge »müssen wir weiterhin auf örtlicher und Landesebene zusammenarbeiten und hoffen, dass AFL-CIO das genau so sieht.«

Überall im Lande haben die Einzelgewerkschaften enge Beziehungen, die sie nicht missen mögen. Zudem sind die meisten regionalen Gliederungen des Gewerkschaftsbundes von den Mitgliedsbeiträgen jener Gewerkschaften abhängig, die sich nun im CTW zusammengeschlossen haben. Ohne diese Beitragszahlungen müssen sie Personal entlassen und ihre Aktivitäten zurück schrauben.

Bei Wahlen, wie der kalifornischen kommenden November, liegt die Hauptarbeit bei den örtlichen und regionalen AFL-CIO-Verwaltungsstellen. Die Gewerkschaftsmitglieder lösen einander bei der telefonischen Wahlwerbung ab, erledigen die Fußarbeit in den Stadtvierteln und entscheiden auch darüber, welche der aufgestellten Kandidaten als gewerkschaftsfreundlich zu gelten haben – dies alles wird vom Dachverband organisiert. Die Projektvereinbarungen im Baugewerbe zwischen Unternehmern und Gewerkschaften bei Großprojekten wie dem Bau von Flughäfen, Schulen oder Brücken werden gewöhnlich vom Dachverband für die ihm angeschlossenen Gewerkschaften unterzeichnet. Der Wegfall dieser Strukturen könnte die Gewerkschaften teuer zu stehen kommen. Wenn die Großen miteinander kämpfen, sollten die einfachen Leute aufpassen, dabei nicht aus Versehen unter die Räder zu kommen, so sehen es viele. Sweeney hat bereits eine Erklärung abgegeben, die von einigen AFL-CIO-Angestellten verächtlich als »Unternehmensleitlinie« bezeichnet wird. Ihr zufolge können die aus dem Bundesverband ausgetretenen Gewerkschaften auf der örtlichen Ebene nicht die gleichen Rechte haben, wie die zahlenden Mitglieder.

Tim Paulson wartet darauf, dass sich der Staub auf dem Schlachtfeld legt. »Ich kann mir lebhaft vorstellen, was nach dieser Auseinandersetzung als Nächstes folgen wird,« äußerte er kürzlich hoffnungsvoll in einem Interview. »Die örtlichen Gliederungen von SEIU, Teamsters und UFCW waren vor dem Gewerkschaftstag Bestandteil der Gewerkschaftsbewegung und sie bleiben auch danach unsere Kolleginnen und Kollegen. Nach meiner Meinung sollten wir unseren Gewerkschaftsführern eine Schulung zur Konfliktbewältigung verordnen.« Die Zusammenarbeit mit Einzelgewerkschaften, die den Gewerkschaftsbund verließen, ist nicht ohne Beispiel. Es gab sie, nachdem in den 60er Jahren die Teamsters und die Automobilarbeitergewerkschaft austraten. Die größte Gewerkschaft in der Baubranche, die Carpenters Union (Schreiner-Gewerkschaft), trat vor einigen Jahren aus und arbeitet gleichwohl in den meisten lokalen Dachverbänden in der Bay Area mit. Die American Federation of Teachers kooperiert als AFL-CIO-Verband mit der unabhängigen National Education Association – beider Untergliederungen in San Francisco schlossen sich vor einigen Jahren zur United Educators of San Francisco zusammen. »Nach meiner Überzeugung werden wir nichts anderes tun, als das, was wir schon immer taten«, sagt Paulson voraus. »Es steht für uns viel zu viel auf dem Spiel, als dass wir es uns leisten könnten, die Solidarität unter uns Arbeitnehmern gerade so auf den Misthaufen zu werfen.« Die Gewerkschaften sind gut beraten, ihren Laden zusammen zu halten. Arnie (Arnold Schwarzenegger, republikanischer Gouverneur von Kalifornien, d. Ü.) kreist über ihnen.

David Bacon, San Francisco Bay Guardian, 10. 08. 05 ■

Einreiseverbot für irakische GewerkschafterInnen

Vom 21. Oktober bis zum 13. November sollten zwei irakische GewerkschafterInnen aus Basra auf einer Rundreise durch Deutschland sein. Die Kollegin B.A. Abbood und der Kollege Taha A.I. Breshdi von der Basra-Ölgewerkschaft (GUOE) wollten vom Kampf der Beschäftigten im Irak gegen die Zerschlagung der Staatsbetriebe und ihren drohenden Ausverkauf an ausländische Konzerne, von Streiks um höhere Löhne und vom zivilen Widerstand gegen das Besatzungsregime berichten. Träger dieser Rundreise mit geplanten Veranstaltungen in 15 Städten der BRD waren über 100 Organisationen und Initiativen, darunter auch einige Gewerkschaftsgliederungen; in Hamburg der Ortsverein von ver.di FB 08 und die GEW.

Aber es kam anders als geplant: zwei Tage vor ihrem Abflug nach Deutschland wurden der irakischen Kollegin und ihrem Kollegen durch die deutsche Botschaft in Bagdad die Visen verweigert, obwohl alle formalen Voraussetzungen erfüllt waren. Auf Nachfrage der deutschen Veranstalter hin wurden die Verantwortlichkeiten hin und her geschoben: Die deutsche Botschaft in Bagdad habe die Weisung angeblich vom Außenministerium erhalten, das Außenministerium erklärte, dass das Innenministerium zuständig für das Einreiseverbot sei: Die Gewerkschafter stellten – so angeblich Innenminister Schily – eine Gefährdung der inneren Sicherheit dar. Proteste gegen diese skandalöse Beschneidung der Informationsfreiheit durch das Innenministerium blieben mehr als bescheiden und auf wenige beschränkt. Deutlich wurde, dass viele der gewerkschaftlichen Unterzeichner zwar ihren Namen gegeben hatten und sich hinter diesen keinerlei Durchsetzungsvermögen befand. Schall und Rauch. Auch die Möglichkeit wenigstens über die Fraktion der »Linkspartei« im Parlament mittels einer Anfrage etwas Licht in die Hintergründe des Einreiseverbotes zu bringen, wurde verschenkt.

Der eigentliche Hintergrund für das Einreiseverbot dürfte mehrere Gründe haben: trotz taktischer Differenzen über die weitere Vorgehensweise im Irak sind sich der europäische und der US-Imperialismus in mehreren Punkten einig: So soll mit allen Mitteln verhindert werden, dass sich der gespaltene irakische Widerstand gegen die Besatzungsmächte verbindet mit einem Kampf um eine soziale Perspektive für alle Menschen im Irak, unabhängig ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit. Um die Ausplünderung des Landes im Interesse ausländischer Konzerne voranzutreiben, wurden von Seiten der Besatzungsmächte neben der gezielten Ausnutzung und dem Schüren von Widersprüchen innerhalb der irakischen Bevölkerung zahlreiche Gesetze erlassen, die die weitgehend staatliche Wirtschaft zerschlagen und marktwirtschaftlich organisieren sollen. So können ausländische Investoren außerhalb des Energiesektors wieder bis zu 100% einer irakischen Firma erwerben und ihre Gewinne ins Ausland transferieren. Auch der Ölsektor, der 97% der gesamten Staatseinnahmen erwirtschaftet, soll nach dem Willen der irakischen Übergangsregierung im Einvernehmen mit den Besatzern für ausländisches Kapital geöffnet werden. Gegen diese Ausplünderung des Landes richtet sich der gewerkschaftliche Widerstand der Basra-Ölgewerkschaft



GUOE. So ist sie, die 23 000 Beschäftigte vertritt, der Auffassung, dass der Ölreichtum des Iraks zum Nutzen aller Iraker genutzt werden sollte, um die Armut zu beseitigen und das Land wieder aufzubauen. Im August führte die GUOE als erste Gewerkschaft nach der Machtübernahme durch die USA einen dreitägigen Streik durch mit dem Erfolg, dass die irakischen Arbeiter ihre Arbeitsplätze behielten. Der US-Ölkonzern »Kellogg Brown & Root« hatte mit Hilfe der Besatzungstruppen versucht irakische Arbeiter durch amerikanische und kuwaitische Techniker und Ingenieure zu ersetzen. Nach den dreitägigen Blockaden und Besetzungen der irakischen Arbeiter gaben die amerikanischen Konzerne ihre Pläne auf; die irakischen Kollegen behielten ihre Arbeitsplätze. Weitere erfolgreiche Streiks um höhere Löhne folgten. Mit allen Mitteln – Verbote, Verhaftungen, Beschlagnahme von gewerkschaftlichem Eigentum – versuchen diejenigen, die angeblich den Irak »befreiten« um Demokratie herzustellen, gewerkschaftlichen Widerstand zu ersticken.

Sie stützen sich dabei auf Gesetze, die die Bildung von Gewerkschaften und die Durchführung von Streikaktionen im Staatssektor verbieten. Gesetze, die noch unter Saddam Hussein erlassen wurden. Auch die Bundesregierung hat ein Interesse daran, dass nichts von diesen gewerkschaftlichen Kämpfen im Irak nach außen dringt, denn dieser Widerstand lässt sich nicht als Terror denunzieren, er sucht die Einheit der Bevölkerung im Kampf um Arbeitsplätze und höhere Löhne. Dieser Widerstand ist einzig und allein entstanden aus der verheerenden sozialen Lage der Menschen im Irak und er macht deutlich, dass die Iraker keine »Nachhilfe« westlicher Militärberater, Verwaltungsexperten, Manager und Söldner für den Wiederaufbau und die Demokratisierung ihres Landes benötigen.

Die BRD ist durch ihre Beteiligung am Aufbau der irakischen Armee und der Ausbildung irakischer Polizeikräfte an der Unterdrückung des gewerkschaftlichen Widerstandes beteiligt, denn diese Kräfte werden auch gegen streikende KollegInnen eingesetzt, die sich der Ausplünderung des Landes widersetzen. Diese Beteiligung sollte nicht nach außen dringen. Deshalb das Einreiseverbot.